

3. Deutscher Volkskongreß
(Pressedienst)

29. Mai 1949

Eröffnung des 3. Deutschen Volkskongresses
=====

Schon vom Sonnabend, dem 28. Mai an, steht die deutsche Hauptstadt im Zeichen des Zusammentritts des 3. Deutschen Volkskongresses. Den ganzen Tag über, während der Nacht und in den Morgenstunden des Sonntags treffen Delegierte und Gäste in dem mit den deutschen Nationalfarben festlich geschmückten Berlin ein.

Strahlendes Frühlingswetter liegt über Berlin, als sich in den Morgenstunden des 29. Mai im Zentrum der deutschen Hauptstadt, vor der Deutschen Staatsoper am Bahnhof Friedrichstraße, schon lange vor Beginn der ersten Tagung des Volkskongresses die Delegierten und Gäste sammeln.

Unter lebhaften Gesprächen, beseelt von dem gemeinsamen Verantwortungsbewußtsein, in entscheidender Stunde als Vertreter des gesamten deutschen Volkes über dessen Kampf um seine nationale Einheit zu beraten, nehmen die Delegierten ihre Plätze ein. Um 10 Uhr 30 eröffnet Wilhelm Pieck, Vorsitzender des Präsidiums des Deutschen Volkssrates, die Tagung. Nachdem die Egmont-Ouvertüre verklungen ist, nimmt Wilhelm Pieck das Wort zu seiner Begrüßungsansprache. Herzlicher Beifall klingt auf, als der Redner besonders die 500 Delegierten aus West- und Süddeutschland begrüßt, die bereits in Berlin weilen, sowie die weiteren 100, die sich noch auf dem Wege hierher befinden.

Nicht nur dieses verspätete Eintreffen westdeutscher Delegierter, sondern auch die Tatsache, daß weitere Vertreter der westdeutschen Bevölkerung überhaupt nicht ihr Mandat ausüben können, ist auf Grenzübergangsschwierigkeiten (inmitten Deutschlands!) und auf die Verweigerung von Interzonenpässen seitens westlicher Militärbehörden zurückzuführen. "Wir erheben schärfsten Protest gegen diese Verletzung der demokratischen Grundrechte", ruft Wilhelm Pieck unter stürmischer Zustimmung der Versammlung, die seinen Ausführungen mit starker Anteilnahme folgt.

3. Deutscher Volkskongress
(Pressedienst)

29. Mai 1949

Eröffnungsansprache Wilhelm Pieck (SED)
Präsident des Deutschen Volksrates
=====

Delegierte des 3. Deutschen Volkskongresses ! Verehrte Gäste !
Meine Damen und Herren !

Erlauben Sie mir im Namen des Präsidiums des Deutschen Volksrates den 3. Deutschen Volkskongress zu eröffnen und Sie alle auf das herzlichste zu begrüßen.

Ich begrüße im besonderen die Herren der Sowjetischen Militärverwaltung, den Herrn Oberbürgermeister und die Vertreter des Magistrats der Hauptstadt Berlin, die Vertreter der Deutschen Wirtschaftskommission und der Länder. Ich danke Ihnen, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind. Wir grüssen die Freunde in den westlichen Besatzungszonen, die zu unserem Kongress als Delegierte gewählt wurden, denen aber die Besatzungsmächte die Ausstellung von Interzonenpässen verweigerten. Wir erheben den schärfsten Protest gegen diese Verletzung der demokratischen Grundrechte.

Nachdem am 15. und 16. Mai die Delegierten zu diesem Kongress in geheimer und direkter Abstimmung gewählt und die übergrosse Mehrheit der Wähler für die Arbeit der Volkskongressbewegung für Einheit und gerechten Frieden gestimmt hat, kommt diesem Kongress die demokratische Legitimation zu, die nationale Vertretung des deutschen Volkes zu sein und in seinem Namen zu sprechen.

Dem 3. Deutschen Volkskongress kommt eine sehr grosse Bedeutung zu. Es ist der Ernst der Lage, in der sich unser Volk befindet und die Aufgabe, die unserem Kongress angesichts der Pariser Aussenministerkonferenz gestellt ist, die ihm diese Bedeutung verschaffen.

Vergegenwärtigen wir uns die Situation aus der heraus die Volkskongressbewegung geboren wurde. Es war die Londoner Aussenministerkonferenz im November/Dezember 1947, die den Friedensvertrag für das deutsche Volk vorbereiten sollte, dessen Wesen in dem bekannten Potsdamer Abkommen der alliierten Grossmächte vereinbart worden war. Aber es wurde schon damals klar, dass sich die westlichen Besatzungsmächte nicht mehr an dieses Abkommen gebunden fühlten und nicht geneigt waren, die Einheit Deutschlands zu wahren und dem deutschen Volke den versprochenen Friedensvertrag zu geben. Angesichts dieser Gefahr trat nach sehr kurzer Vorbereitungsfrist am 6. und 7. Dezember 1947 in Berlin der 1. Deutsche Volkskongress zusammen, um im Namen des deutschen Volkes die Forderung nach Einheit und gerechten Frieden zu erheben. Es waren über 2 000 Vertreter aus allen Teilen Deutschlands, die sich zu diesem Kongress in Berlin einfanden und nach eingehenden Beratungen eine Delegation wählten, die den in London versammelten Aussenministern die Forderung des deutschen Volkes unterbreiten sollte.

3. Deutscher Volkskongress
(PresseDienst)

29. Mai 1949

Eröffnungsanprache Pieck - 2 -

Der Ausgang der Londoner Aussenministerkonferenz ist bekannt. Obwohl der sowjetische Aussenminister, Molotow, den Friedensvertrag für Deutschland und das Anhören der deutschen Friedensdelegation forderte, wurde von den anderen Aussenministern diese Forderung abgelehnt und schliesslich unter der Initiative des amerikanischen Aussenministers die Konferenz gesprengt.

Die damit verfolgte Absicht war klar. Der amerikanische Imperialismus will nicht mehr aus Deutschland herausgehen und will es zu seiner Kolonie machen. Der Marshallplan ist ganz eindeutig auf dieses Ziel eingestellt. Die deutsche Wirtschaft soll vollständig dem amerikanischen Imperialismus unterworfen und Deutschland sogar zu einer militärischen Operationsbasis für einen neuen Krieg gemacht werden. Da der amerikanische Imperialismus hierbei auf den Widerstand der Sowjetregierung stiess und erkannte, dass er seinen Plan nicht für ganz Deutschland durchzusetzen vermochte, so ging er zur Zerreissung Deutschlands über, indem er die drei westlichen Besatzungszonen zu einem separaten Weststaat vereinigte. Alles war in dieser Zeit an Massnahmen von dem amerikanischen Imperialismus ergriffen wurde, trägt den Charakter der Kolonisierung Deutschlands. Es ist die separate Westwährung, die Verschuldung durch den Marshallplan, das Eindringen des Dollarimperialismus in die westdeutschen Grossbetriebe, das Ruhrstatut, die Schaffung der sogenannten militärischen Sicherheitsbehörde, das Besatzungstatut und anderes mehr, was klar diese Absicht aufzeigt. Und diesen Zustand möchten die Westmächte in ganz Deutschland, also auch in der sowjetischen Besatzungszone schaffen und die hier erreichten politischen und wirtschaftlichen Fortschritte zunichte machen. Den deutschen Monopolgeseellschaften mit überwiegendem amerikanischen Aktienkapital sollen die grossen Industrieunternehmen in der Ostzone wieder zurückgegeben und damit die Überführung in die Hände des Volkes verhindert werden.

Durch die Massnahmen der westlichen Besatzungsmächte wurde für das deutsche Volk eine Lage geschaffen, durch die sein Leben und seine Zukunft auf das schwerste bedroht sind. Mit der Zerreissung Deutschlands wird seine wirtschaftliche Existenzgrundlage untergraben, seine nationale Selbständigkeit vernichtet und das deutsche Volk zur völligen Ohnmacht verurteilt. Hinzu kommt, dass jede Zusammenarbeit der Besatzungsmächte unterbunden und sogar eine Kriegshetze gegen die Sowjetunion getrieben wird. Das Skandalöse an diesem Zustand ist, dass sich deutsche Parteipolitiker im Westen Deutschlands und im Westen Berlins fanden, die diese Politik des amerikanischen Imperialismus unterstützen und sich an der Kriegshetze gegen die Sowjetunion beteiligen. Wiederholt wurden diese Parteipolitiker von uns aufgefordert, sich an der Bildung einer gesamtdeutschen Beratung zu beteiligen, um gemeinsam den Willen des deutschen Volkes gegenüber den Besatzungsmächten zum Ausdruck zu bringen. Aber immer wieder wurde dieses Angebot von ihnen abgelehnt. Auch jetzt wieder, als wir das Angebot zu einer gemeinsamen Beratung in Braunschweig machten, Der Grund dafür liegt darin, dass sie keine Verständigung zwischen dem Osten und Westen Deutschlands und auch keine Verständigung der Besatzungsmächte wollen. Es kommt das erneut in dem gestern im sozialdemokratischen Pressedienst veröffentlichten Artikel Dr. Schumachers zum Ausdruck.

3. Deutscher Volkskongress
(PresseDienst)

29. Mai 1949
Eröffnungsansprache Pieck - 3 -

Es ist klar, dass diese Politiker damit den schlimmsten nationalen Verrat am deutschen Volke begehen. Um so mehr begrüßen wir es, dass sich entgegen diesem volksschädlichen Verhalten der westlichen Parteipolitiker aus der Mitte der Bevölkerung im Westen Deutschlands und auch aus den Reihen der Parteien und Organisationen eine starke Opposition gegen dieses Verhalten bemerkbar macht, die auch ihren Ausdruck in der Entsendung von Vertretern des deutschen Volkes aus diesen Gebieten zu unserem Kongress findet. Die gemeinsamen Besprechungen, die in Hannover, Braunschweig, Hamburg und in Berlin zwischen den Freunden der Einheit und des gerechten Friedens im Westen und Osten Deutschlands stattgefunden haben, geben die Zuversicht, dass die Barriere durchstossen wird, die von den westlichen Parteipolitikern mit Unterstützung der Westmächte geschaffen wurde und durch die eine Verständigung verhindert werden soll. Wir richten von hier aus den Ruf nach dem Westen an alle wahrhaft deutschen Männer und Frauen und an die Jugend, in der Verstärkung des Kampfes für Einheit und gerechten Frieden fortzufahren und damit die Voraussetzung für die Herstellung der Einheit Deutschlands zu schaffen.

Die Auswirkungen dieser volksschädlichen Politik der westdeutschen Parteipolitiker sehen wir besonders in Berlin, wo durch die Spaltungspolitik ein völliges wirtschaftliches Chaos zum schwersten Schaden der Berliner Bevölkerung herbeigeführt wurde. Die jüngsten Provokationen im Eisenbahnwesen durch die Sabotageaktionen der UGO-Führer können an Verantwortungslosigkeit gegenüber dem deutschen Volke nicht mehr übertroffen werden.

Es ist kein Zweifel, dass eine ausserordentliche Gefahr für das Leben und die Zukunft des deutschen Volkes entstanden ist; Das deutsche Volk kann wirklich von Glück sagen, dass zu den Siegermächten die Sowjetunion gehört, die sich als sozialistischer Staat den imperialistischen Plänen entgegenstellt und die dem deutschen Volke in seiner Forderung nach Einheit, gerechten Frieden und wirtschaftlichen Aufbau beisteht. Wäre dem nicht so, hätte der amerikanische Imperialismus freie Hand, ganz Deutschland zu seiner Kolonie zu machen und das deutsche Volk auf die Stufe eines Kolonialvolkes herabzudrücken. Was diese Politik im Gefolge hat, das ist deutlich im Westen Deutschlands sichtbar, wo Drosselung der Betriebe, Arbeitslosigkeit, geschäftliche Bankrotte, Teuerung und Lohndruck immer mehr zu-nehmen.

In diese schwere Not des deutschen Volkes, in seinen nationalen Notstand leuchtet nunmehr ein schwacher Lichtschein hinein. Auf die Initiative der Sowjetregierung hin haben sich die Außenminister der vier Mächte wieder zu einer Aussprache über Deutschland zusammengefunden, und wir können nur hoffen und wünschen, dass es zu einer Verständigung auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens kommt. Dieser Wunsch ist auch der Grund für die Einberufung des 3. Deutschen Volkskongresses.

Wir wissen, welche Schwierigkeiten zur Verständigung durch die Spaltungsmassnahmen der westlichen Besatzungsmächte für die Erhaltung der Einheit Deutschlands geschaffen wurden und dass die Aussicht zur Verständigung nur sehr gering ist. Besonders wegen der Vorschläge, die gestern von Bevin im Namen der Westmächte auf der Pariser Außenministerkonferenz gemacht wurden, die geradezu eine Verhöhnung der Forderungen des deutschen Volkes nach Einheit, gerechten Frieden und

3. Deutscher Volkskongress
(Pressediens t)

29. Mai 1949
Eröffnungsansprache Pieck - 4 -

nationaler Selbständigkeit sind. Kein Friedensvertrag, kein Abzug der Besatzungstruppen, sondern ein Besatzungsstatut mit einer Ausdehnung der militärischen Besetzung Deutschlands auf 20 und mehr Jahre. Keine nationale Selbständigkeit des deutschen Volkes, sondern politische und wirtschaftliche Versklavung durch den Marshallplan, keine demokratische Verfassung, sondern Unterordnung unter die von den Westmächten diktierte Bonner Verfassung. Keine aufgrund der demokratischen Verfassung vom deutschen Volke gewählte Regierung, sondern eine von den Westmächten diktierte Bundesregierung unter der Zwangsaufsicht einer "Hohen Kommission", in der sich die Westmächte eine dreivierteil Mehrheit durch Mehrheitsbeschluss und Ausschaltung des Vetorechts sichern wollen. Wie die Grundrechte des deutschen Volkes und die persönliche Freiheit beschaffen sein sollen, das haben die Westmächte schon zur Genüge mit der Unterdrückung demokratischer Organisationen, durch Verbot der freiheitlichen Bewegung dienenden Kundgebungen, der Verhaftung von der Einheits- und Friedensbewegung dienenden Politikern bewiesen, wie das unter anderem auch der Fall Max Reimann zeigt. Ist es nicht eine Verhöhnung des deutschen Volkes, wenn angesichts der klaren Absicht, Deutschland zu einer Kolonie des amerikanischen Imperialismus zu machen, von den Westmächten davon geredet wird, dass sie die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands herstellen wollen. Es ist möglich, dass sich die Westmächte bei diesen Vorschlägen von dem schlechten Handelsprinzip leiten lassen: viel zu fordern, um etwas nachzulassen und dass es doch noch zu einer Verständigung kommt, bei der die Interessen des deutschen Volkes gewahrt werden. Aber gerade deshalb müssen wir alles daran setzen, beizutragen, dass es zu einer Verständigung über einen baldigen Abschluss des Friedensvertrages und des Abzuges der Besatzungstruppen kommt. Und dazu wollen wir unsere Stimme erheben und sie der Aussenministerkonferenz durch die Entsendung einer Delegation übermitteln. Vielleicht werden die Westmächte ihren Empfang wieder ablehnen, wie das damals im Dezember 1947 geschehen ist, aber das darf uns nicht entmutigen. Wir können und dürfen im Interesse unseres Volkes nicht schweigen, weil es um sein Leben und seine Zukunft geht. Wir können und dürfen nicht auf die Einheit Deutschlands verzichten, weil davon die nationale Existenz unseres Volkes abhängt und noch mehr die Erhaltung des Friedens in Europa. Ein gespaltenes Deutschland ist ein schwelender Kriegsherd, der über Nacht das grösste Unglück über die Völker Europas bringen kann.

Darum steht vor dem 3. Deutschen Volkskongress die grosse Aufgabe, neue Wege und Mittel zu finden, durch die dieses Unglück vom deutschen Volke ferngehalten wird, durch das ganz Deutschland zu einem eintigen Trümmerhaufen gemacht werden würde.

Die deutsche Volkskongressbewegung und ihre Organe, der Deutsche Volksrat und die Volksausschüsse haben in den 1 1/2 Jahren ihres Bestehens eine grosse Arbeit für die nationalen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen des deutschen Volkes geleistet. In den antifaschistisch-demokratischen Parteien und Organisationen wurden die Kräfte zum Kampf für die Einheit, für einen gerechten Frieden und den wirtschaftlichen Aufbau ausgelöst. In der sowjetischen Besatzungszone haben wir dadurch gute Resultate auf wirtschaftlichem Gebiete

3. Deutscher Volkskongress
(Pressedienst)

29. Mai 1949
Eröffnungsansprache Pieck

- 5 -

und in der Entfaltung der demokratischen Ordnung erzielt. Aber das reicht nicht aus. Wir müssen eine noch breitere Kampffront schaffen, nicht nur in der sowjetischen Besatzungszone, sondern besonders in den westlichen Besatzungszonen.

Die verhängnisvollen Auswirkungen der anglo-amerikanischen Wirtschaftspolitik im Westen werden immer offensichtlicher, und immer breitere Kreise sehen mit grosser Sorge der weiteren Entwicklung entgegen. Diese Kreise wollen eine Verständigung zwischen Ost und West, sie wollen keinen Krieg, sie wollen die Erhaltung der Einheit Deutschlands und den baldigen Friedensvertrag. Wir haben diese Kreise noch nicht mit unserer Volkskongressbewegung erfasst. Teilweise stehen sie ihr auch wegen ihrer organisatorischen Form ablehnend gegenüber. Aber wir können und dürfen nicht auf die Zusammenarbeit mit diesen Kreisen verzichten.

Aus dieser Erwägung ist der Vorschlag der Erweiterung zur nationalen Front für Einheit und gerechten Frieden entstanden, zu der von diesem Kongress aus der Aufruf ergehen soll. Wir geben damit die Volkskongressbewegung nicht auf, nicht unsere antifaschistisch-demokratischen Bestrebungen, nicht die von den der Volkskongressbewegung angeschlossenen Parteien und Organisationen verfolgten Grundsätze und Ziele. Aber wir wollen neue Kräfte in diese Bewegung für Einheit und gerechten Frieden und wirtschaftlichen Aufstieg einbeziehen und damit die grosse nationale Volksbewegung in ganz Deutschland schaffen, durch die wir den Kampf für die nationale Selbständigkeit und die Einheit Deutschlands solange fortsetzen, bis sie erreicht und gesichert ist.

Das ist die grosse Aufgabe, vor deren Erfüllung wir stehen und wozu der 3. Deutsche Volkskongress einberufen wurde. An diese Arbeit wollen wir jetzt mit aller Kraft herangehen.

Wir werden auf unserem Kongress auch zu der vom Deutschen Volksrat beschlossenen Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik Stellung nehmen, um diesem grossen Werk auch noch die Legitimation des 3. Deutschen Volkskongresses zu verschaffen. Im Gegensatz zu der vom Parlamentarischen Rat in Bonn unter dem Diktat der westlichen Besatzungsmächte angenommenen schein-demokratischen Verfassung, in der sogar eine Bestimmung über die Unterwerfung unter den Marshallplan und über den Anschluss an den Nordatlantik-Pakt enthalten ist, ist unsere Verfassung ein Dokument wahrer Demokratie, auf deren Boden das neue Deutschland gestaltet werden soll.

Und schliesslich obliegt dem Kongress noch die Aufgabe, den Deutschen Volksrat neu zu wählen.

3. Deutscher Volkskongreß
(Pressedienst)

29. Mai 1949

Der Oberbürgermeister von Berlin, Friedrich Ebert,
begrüßt den 3. Volkskongress.
=====

Friedrich Ebert entbot den Delegierten, die trotz aller Beschwerden in die deutsche Hauptstadt gekommen sind und sich vor der ganzen Weltöffentlichkeit in die Arbeit ehrlicher, patriotischer, nationaler Politiker für Einheit und gerechten Frieden einreihen, seinen besonderen Gruß der Dankbarkeit und kameradschaftlichen Verbundenheit.

"Die beschämenden Ereignisse um die S-Bahn in Berlin geben"- so erklärte der Oberbürgermeister - "ein lebendiges Beispiel und einen wirksamen Anschauungsunterricht für den Kampf, den wir hier in Deutschland zu führen haben. Man spricht von einem Streik. Aber was sind das für Streikende, die Verkehrsanlagen, in mühsamer Arbeit endlich wieder in Betrieb gesetzt, unbrauchbar machen und total verhindern wollen, daß Lebensmittelzüge aus dem Westen die Stadt erreichen?! Das sind Verbrecher, die es darauf angelegt haben, Verkehrskatastrophen mit all ihren Gefahren herbeizuführen. Wir klagen vor dem Forum Deutschlands all jene an, die zu solchen Verbrechen aufhetzen. Es nützt Herrn Reuter gar nichts, wenn er jetzt von der Sabotage an der Berliner S-Bahn abzurücken versucht. Die Geister, die er für seine antinationalen Zwecke rief, sind aktiv geworden und zeugen durch ihre Taten stündlich gegen ihn und gegen seine Politik."

Oberbürgermeister Ebert fuhr fort: "Es erscheint mir besonders notwendig, in diesem Zusammenhang allen Berlinern zuzurufen: Macht endlich Schluß mit der Spaltungspolitik! Erkennt endlich die Gefahr, in der nicht nur unsere Hauptstadt, sondern das ganze Vaterland stehen! Überwindet endlich den Kampf der Parteien und reiht Euch ein in die grosse nationale Front für Einheit und Frieden!"

Nachdem er besonders die anti-sowjetische Demagogie der Westberliner Presse gebrandmarkt hatte, betonte der Redner abschließend: "Es geht nicht um den Bestand von Parteien und Organisationen, Deutschland ist in Gefahr; diese Tatsache zwingt alle zum Bekenntnis. Wir sollten aufhören zu fragen: Wo kommst Du her, wer bist Du? Wir sollten fragen: Wohin willst Du? Und alle, wer immer sie auch seien, alle, die ehrlichen Herzens mit uns zu Deutschland wollen, zum Frieden der Welt, sind uns willkommen als Kämpfer der nationalen Front für Deutschlands Einheit und einen gerechten Frieden."

Trotz aller Gewaltpolitik gegen das fortschrittliche Berlin verstärkt sich die Einheit seiner Bewohner in dem Kampf, den wir um Deutschlands Einheit und Souveränität führen. Berlin holt auf! Berlin bereitet sich darauf vor, die würdige Hauptstadt einer geeinten demokratischen Republik Deutschland zu sein. Unser Gruß an den 3. Deutschen Volkskongreß ist deshalb zugleich ein Gelöbnis an Deutschland: Berlins werktätige Männer und Frauen werden unermüdliche und unerschrockene Kämpfer in der nationalen Front für Deutschlands Einheit und einen gerechten Frieden sein."

3. Deutscher Volkskongress
(Pressedienst)

29. Mai 1949

Wortlaut der Begrüßungsansprache des Berliner Oberbürgermeisters
Friedrich Ebert

"Es ist mir nicht nur eine angenehme Pflicht, sondern auch ein herzliches Bedürfnis, Ihnen im Namen des demokratischen Berlins der Arbeit aufrichtige Grüsse zu übermitteln und Ihren Beratungen einen vollen Erfolg für unser Vaterland zu wünschen.

Ein besonderer Gruss der Dankbarkeit und der kameradschaftlichen Verbundenheit gilt den Delegierten, die trotz aller Beschwerden aus Deutschlands Westen in die deutsche Hauptstadt gekommen sind.

Die beschämenden Ereignisse, die nun schon länger als eine Woche sich um den Berliner S-Bahn Konflikt abspielen, geben Ihnen ein lebendiges Beispiel, einen wirksamen Anschauungsunterricht von der Härte des Kampfes, den unsere Freunde hier für Deutschland zu führen haben.

Man spricht von einem "Streik" um an sich berechnete wirtschaftliche Forderungen der in den Westsektoren Berlins wohnenden Eisenbahner.

Streik! Das ist das Kampfmittel der organisierten, klassenbewussten Arbeiterschaft zur Abwehr kapitalistischer Ausbeutung, zur Erringung besserer Lebens- und Arbeitsbedingungen!

Selbstlose Disziplin, das ist das hohe Lied der um ihre Lebensrechte gegen kapitalistische Willkür und Unterdrückung streikenden Arbeiter!

Was aber haben irreführte halbwüchsige Burschen, die mit Steinwürfen eben verglaste S-Bahn Züge zerstören, die Waggons in Brand stecken und durch andere Freveltaten sich dazu verleiten lassen, den Verkehr einer Millionenstadt zu unterbinden, mit einem Streik zu tun?

Was sind das für "Streikende", die Stromschienen vom Bahnkörper lösen, Stellwerke und Signalanlagen, die nach jahrelanger mühseliger Arbeit endlich wieder funktionieren, unbrauchbar machen und mit allen Mitteln brutaler Gewalt verhindern, dass die besonders für Westberlin so lebensnotwendigen Versorgungszüge die Stadt erreichen?

Wer Schienenteile montiert, um sie höher zu setzen, kann keinen Anspruch darauf erheben, als ein ehrlich streikender Arbeiter gewertet zu werden. Er ist ein Verbrecher, der es bewusst darauf angelegt hat, eine Eisenbahnkatastrophe herbeizuführen, mit allen ihren Gefahren für Menschen und Güter!

Wir klagen hier vor dem Forum Deutschlands alle jene an, die zu solchen Verbrechen aufhetzen oder sie, gestützt auf die Gewalt ihrer Waffen, dulden!

"Es erscheint mir besonders notwendig, in diesem Zusammenhang allen Berlinern zu rufen: Macht endlich Schluss mit der Spaltungspolitik! Erkennt endlich die Gefahr, in der nicht nur unsere Hauptstadt, sondern das ganze Vaterland stehen! Überwindet endlich den Kampf der Parteien und reißt Euch ein in die grosse nationale Front für Einheit und Frieden!"

3. Deutscher Volkskongress
(Pressedienst)

29. Mai 1949

Wortlaut - 2 -

Es nützt Herrn Reuter nichts, dass er jetzt von seinen Sabotage-
trupps abzurücken versucht und vor weiteren Zerstörungen warnt. Die
Geister, die er für seine antinationalen Zwecke rief, sind aktiv ge-
worden und zeugen durch ihre Taten stündlich gegen ihn.

Vorgestern verkündete dieser Herr Professor, der Berliner S-Bahn
"Streik" werde nicht in Berlin entschieden. Sein Spiessgeselle Fromm
von der UGO erklärte in derselben Stunde an anderer Stelle etwas deut-
licher, dass sein "Streik" in Paris entschieden werde.

Diese Äusserungen stellen in Gemeinschaft mit den Sabotageakten
gegen das Volkseigentum unter Beweis, dass dieser "Streik" nicht ein
Kampf für ein besseres Leben und für die Koalitionsfreiheit ist!

Hier geht es um mehr!

Es handelt sich um einen sorgfältig vorbereiteten, zeitlich genau
vorherbestimmten Anschlag auf den täglich stärker werdenden Willen
des deutschen Volkes zur Einheit, auf den machtvoll anwachsenden
Friedenswillen der Völker, von denen die Spalter und Kriegshetzer
fürchten, dass sie in Paris ihren ersten grossen Erfolg erringen könn-
ten.

Es gehört zu den Unbegreiflichkeiten der an Sinnlosigkeit bestimmt
nicht armen Westberliner Politik, dass ausgerechnet die Menschen, die
monatlang unter der angeblich russischen Blockade so unsäglich lit-
ten und täglich die Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen forderten,
sich im Glück ihres jungen und vergänglichen Apfelsinenrausches in
einer Weise blockieren lassen, die fast an Selbstmord grenzt!

Die Westberliner Presse begrüsst diesen 3. Deutschen Volkskongress
auf ihre Art!

Sie, die befehlsgemäss eine Verfassung verabschiedeten, sich ge-
horsam mit dem Ruhrstatut abfanden und statt eines Friedensvertrages
ein Besatzungsstatut hinnahmen, halten es offenbar für unmöglich, dass
wir aus eigener Initiative unser Leben gestalten, auch ohne Marshall-
Plan. Darum ist für sie auch dieser Kongress nur ein befohlenes Instru-
ment der "russischen" Politik, dem es verboten ist, deutsche Inter-
essen zu vertreten.

Wohlan! Was ist die Politik der Sowjetunion?

Gleich drei Westberliner Zeitungen haben darüber gestern ein Bild-
dokument veröffentlicht. Es zeigte, wie sowjetische Offiziere blockier-
te Weichen wieder in Ordnung brachten.

Es ist also noch dieselbe Politik, die jetzt vor vier Jahren
mit der Schaffung der Voraussetzungen für ein normales Leben in Ber-
lin begann, dass die siegreiche Sowjet-Armee den Berlinern in ihrer
Lebensnot die erste Hilfe leistete.

Nur ein grosser Unterschied besteht zwischen damals und heute!

1945 beseitigte die Sowjetarmee die Folgen der furchtbaren Zer-
störungen, die Hitlers SS angerichtet hatte- und die Berliner Bevöl-
kerung begann nach der Überwindung des ersten Schocks mit Hand anzu-
legen.

1949 sind sowjetische Offiziere bemüht die Zerstörungen der UGO
zu beseitigen, um den ungestörten Verkehr Berlins mit dem Westen zu

3. Deutscher Volkskongress
(Pressedienst)

29. Mai 1949
Wortlaut - 3 -

sichern - diesmal aber stehen Scharnowskis UGO, Reuters schiess-
lustige Polizei und Howleys MP hämisch lächelnd dabei und tun
zudem ihr Möglichstes, um die Behebung der Schäden zu verhindern!

Hilfe für Deutschland, das ist ein wesentlicher Teil der
"russischen" Politik, die Aussenminister Wysschinskij eben in Paris
erneut und eindeutig umrissen hat. Ich erwähne seine Forderungen
nur soweit sie sich auf Berlin beziehen.

Sowjetrussland fordert vor dem Rat der Aussenminister für Ber-
lin

"die alliierte Kommandantur in Berlin zur Koordinierung aller
Massnahmen in der Verwaltung Berlins und zur Sicherung eines
normalen Lebens in Berlin als Ganzes wieder einzusetzen,
die Stadtverwaltung für ganz Berlin wiederherzustellen. Die
Frage der Festsetzung eines Termins von Wahlen für die Stadt-
verordnetenversammlung für ganz Berlin ist der Alliierten
Kommandatur zur Prüfung zu überweisen."

Dass ist der seit vier Jahren immer wieder verkündete und in die
tägliche Praxis umgesetzte Inhalt der Politik der Sowjetunion.

Dass sie auch in der Erklärung ihren Ausdruck gefunden hat, die
ich vor genau einem halben Jahre von dieser Stelle aus im Namen des
demokratischen Magistrats abzugeben die Ehre hatte, ist doch kein
Zufall.

Sollen wir Berliner etwa nur deshalb der Zerreissung unserer Stadt
zustimmen, weil ein türkischer Professor und ein amerikanischer Bri-
gadegeneral es so wollen und das obendrein noch "deutsche" Politik
nennen?

Berlin und sein demokratischer Magistrat sagen deutlich und un-
wiederruflich "Nein"!

Das fortschrittliche Berlin und sein demokratischer Magistrat
sagen aus innerster Überzeugung, aus grenzenloser Liebe zu Deutsch-
land "Ja" zur Einheit. Sie begrüssen es dankbar, dass wenigstens eine
Besatzungsmacht, die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjet-
Republiken, Berlin und Deutschland in diesem nationalen Kampf ihre
tatkraftige Unterstützung angedeihen lässt.

Trotz aller Gewalttaten gegen das fortschrittliche Berlin, trotz
aller Hetze gegen die Sowjetunion, der führenden Kraft im Kampf um
den Frieden und die Selbständigkeit der Völker, verstärkt sich die
Einsicht der Bewohner dieser Stadt in die Bedeutung des Kampfes, den
gerade sie um Deutschlands Einheit und seine Souveränität zu führen
haben.

"Es geht nicht um den Bestand von Parteien und Organisationen.
D e u t s c h l a n d ist in Gefahr; diese Tatsache zwingt alle zum
Bekenntnis. Wir sollten aufhören zu fragen: Wo kommst Du her, wer bist
Du? Wir sollten fragen: Wohin willst Du? Und alle, wer immer sie auch
seien, alle die ehrlichen Herzens mit uns zu Deutschland wollen, zum
Frieden der Welt, sind uns willkommen als Kämpfer der nationalen
Front für Deutschlands Einheit und einen gerechten Frieden.

3. Deutscher Volkskongress
(Pressedienst)

29. Mai 1949
Wortlaut - 4 -

Am 20. Oktober 1946 bekannten sich knapp 20 % der Wähler zu dieser nationalen Politik. Jetzt haben 91,2 % der Wahlberechtigten an der Wahl der Delegierten zum 3. Deutschen Volkskongress teilgenommen. Mehr als 58 % aller gültigen Stimmen wurden für die Politik des Deutschen Volksrates, für Deutschlands Einheit und einen gerechten Frieden abgegeben!

Berlin steht noch einige Schritte hinter der Zone zurück, aber die deutsche Hauptstadt holt auf!

Berlin bereitet sich durch sichtbare Taten des Aufbaues darauf vor, die würdige Hauptstadt einer geeinten demokratischen Republik Deutschlands zu sein.

Unser Gruss an Sie ist ein Gelöbnis an Deutschland:

Berlins werktätige Männer und Frauen, besonders aber seine aufgeschlossenen jungen Menschen werden in der sich entfaltenden nationalen Front unermüdliche und unerschrockene Kämpfer sein für Deutschlands Einheit und einen gerechten Frieden!"

3. Deutscher Volkskongreß
(Pressedienst)

29. Mai 1949

Deutschland grüßt den III. Deutschen Volkskongreß

Mit besonderem Beifall quittiert die Versammlung die Mitteilung Wilhelm Piecks, daß bis zur Stunde 3 142 Begrüßungsschreiben und -Telegramme, darunter viele Hunderte aus dem Westen und Süden unserer Heimat, beim Präsidium des 3. Deutschen Volkskongresses eingegangen sind. Die von Wilhelm Pieck verlesenen Begrüßungen der Rheinpfälzischen Bauarbeiter-Gewerkschaft und der Teilnehmer einer öffentlichen Versammlung in Hannover werden mit stürmischer Begeisterung aufgenommen, ebenso die Begrüßungen Mansfelder und Senftenberger Bergarbeiter.

Als nächster Begrüßungsredner bringt ein junger Eisenbahner die Bereitschaft der Freien Deutschen Jugend und aller jungen deutschen Demokraten zum Kampf um die nationale Einheit zum Ausdruck. Ihm folgt ein Vertreter der Werktätigen, die im Siemens-Planitz-Werk als Aktivisten am Neuaufbau Deutschlands schaffen.

Nachdem noch eine Abgesandte des Kraftwerks Klingenberg, das allen Spaltern zum Trotz die ganze deutsche Hauptstadt einheitlich mit Strom versorgt, die Verbundenheit ihrer Kollegen mit der Arbeit und den Zielen des Kongresses bekundet hat, gibt Wilhelm Pieck dem Vorsitzenden der CDU, Otto Muecke, das Wort zu seinem Referat über "Deutschland und die Pariser Konferenz".

3. Deutscher Volkskongress
(Pressedienst)

29. Mai 1949
II

Rede von Professor Dr. Hermann Kastner (LDP)
Präsident des Deutschen Volksrates
=====

Das deutsche Volk hat es aufrichtig begrüsst, hat es als eine tiefe Erleichterung empfunden, dass von russischer Seite die Initiative zu den Pariser Besprechungen ohne irgendwelche Vorbelastungen oder Bedingungen ausgegangen war. Ich halte es für meine Pflicht, es hier noch einmal auszusprechen, dass wir die Gewissheit haben dürfen: Hinter dem Friedenswillen der sowjetischen Staatsmänner steht das gesamte Volk.

Wir müssen es aber ganz nüchtern und deutlich aussprechen: Die Frage der Einheit Deutschlands, die Frage eines gerechten Friedens sind nicht Fragen, bei denen wir einfach abwarten dürfen, was geschieht, aber wir haben kein Recht, an irgend jemanden Wünsche und Forderungen zu richten, ehe wir nicht selbst als deutsches Volk zusammenstehen, einig in diesen grossen Zielen.

Ich glaube, es gibt keinen im deutschen Vaterland, der nicht sagt: Jetzt ist die Stunde der Entscheidung gekommen. Deswegen wenden wir uns mit allem Nachdruck dagegen, dass man zunächst nur einen modus vivendi finden sollte. Wenn die Welt befriedet, wenn der Wiederaufbau wirklich wirksam durchgeführt werden soll, dann müssen wir eine feste und dauerhafte Grundlage dafür schaffen. Die Einigung der Mächte ist eine Angelegenheit, zu der wir Stellung zu nehmen nicht in der Lage sind. Man kann bei der jetzigen Diskussion die unterschiedliche staats- und völkerrechtliche Auffassung im Westen und im Osten im Hinblick auf Deutschland nicht übersehen. Im Westen wird die Auffassung vertreten, dass das deutsche Volk nur noch Objekt sei. Russland dagegen betrachtet Deutschland ohne jede Einschränkung als Subjekt, zum Handeln fähig und selbst verantwortlich. Das ist durch zwei Ereignisse manifest geworden. Der letzte grosse Handelsvertrag mit Polen ist nicht von der SMA, sondern von einer deutschen Behörde unterzeichnet worden. Er trägt die Unterschrift meines Kollegen Rau.

Ich habe vor kurzem in der Vollversammlung der DWK den Haushaltplan für 1949 vorgelegt. Die Genehmigung des Haushaltplans, auch der Länder, ist durch die Vollversammlung der deutschen Wirtschaftskommission souverän erfolgt, nicht durch die Besatzungsmacht.

Wenn von der Sowjetmacht bei den Pariser Verhandlungen der Vorschlag gemacht worden ist, zunächst konstruktiv zurückzugehen auf den Punkt, nach dem die Verwirrung begonnen hat, nämlich auf Potsdam, so war dies zweifellos richtig, denn damit wird am ersten der Weg zu einer wirklichen Einigung frei. Wer ein Ziel ehrlich will, muss auch die Wege wol-

3. Deutscher Volkskongreß
(Pressedienst)

29. Mai 1949
II

Rede von Prof. Dr. Kastner - Blatt 2 -

len, die zu diesem Ziel führen. Man kann nicht sagen: Wir wollen die Einigung aber den Weg zu ihr praktisch auf die Weise versperren, wie es bisher geschehen ist. Man kann auch nicht darüber hinweggehen, dass das deutsche Volk in wesentlichen Punkten einig ist. Wenn man in Deutschland frei und unbehindert über folgende Fragen eine Abstimmung machen könnte, bekämen wir eine überwältigende Mehrheit:

1. Seid Ihr einig darüber, dass eine getrennte Wirtschaft und Zonengrenzen nicht mehr erträglich sind? Wollt Ihr ein freies und ungehindertes gemeinsames Wirtschaften in ganz Deutschland?
2. Wollt Ihr eine einheitliche gemeinsame Währung?
3. Wollt Ihr, dass der Verkehr ungehindert in jeder Form sich durch ganz Deutschland entwickeln kann?
4. Wollt Ihr, dass endlich einmal angefangen wird, die Rechtseinheit in Deutschland wieder herzustellen?

In diesen Fragen würde man in ganz Deutschland eine überwältigende Mehrheit erhalten. Das sind unabdingbare Forderungen, ohne die es keine Gesundung gibt.

Die Bonner Verfassung, wie die Verfassung des Volksrates, basieren auf der Weimarer Verfassung. So wird es gewiss viele Fragen geben, in denen man gemeinsame Formulierungen findet, ohne von der Linie abzuweichen, die wir uns gesetzt haben. Unser Verfassungsentwurf ist nicht für irgend einen Teil Deutschlands gedacht, er ist unser Beitrag für die Einigung Deutschlands, er ist die Zusammenfassung aller in der Ostzone wirksamen Kräfte, aller ideologischen und aller politischen Schattierungen. Daher sieht er auch Möglichkeiten für das Zusammenwirken zwischen freier und gebundener Wirtschaft, wie dies auch der Zweijahrplan kennzeichnet, vor.

Wir halten es allerdings für nötig, eine starke Zentralgewalt zu schaffen, nicht ein Gebilde, wie es aus dem Westfälischen Frieden hervorging, als Staatenbund mit selbständigen Staaten. Denn mit der Zersplitterung in selbständige Staaten fing das deutsche Unglück an. Wir müssen endlich aus der deutschen Geschichte lernen: ein wahrhaft einheitliches Reich ist die Sicherung des Friedens. Dazu bekennen wir uns, und dazu bekennt sich auch die überwiegende Mehrheit der Männer und Frauen des Westens, denen es ernst ist um die Fragen, die uns alle angehen.

Wenn von unserer Seite der Vorschlag gemacht worden ist, in gesamt-deutschen Besprechungen die Menschen aus West und Ost verantwortlich zueinander zu bringen, so ist das ein glücklicher Gedanke, denn nur

3. Deutscher Volkskongress
(Pressedienst)

29. Mai 1949
II

Rede von Prof. Dr. Kastner - Blatt 3 -

so, durch verantwortliches Miteinanderreden und -handeln, können wir vorwärts kommen.

Was fürchten wir denn dabei? Es ist töricht, mit formalen Ausreden solchen Aussprachen auszuweichen. Wir haben uns lange genug austinandergeredet. Es ist Zeit, dass wir unsere ganze Kraft darauf verwenden, uns wieder zusammenzureden. Dabei ist allerdings eines nötig: dass man auf allen Seiten den ehrlichen Willen hat, die Dinge so zu sehen, wie sie sind. Wir denken nicht daran, zu sagen, dass wir in der Ostzone nicht auch gewisse Fehler gemacht haben, aber gerade, weil wir eine scharfe Selbstkritik an uns anlegen, dürfen wir feststellen: wir haben den Versuch gemacht - und ich glaube, wir dürfen sagen, er ist uns gelungen - in der Ostzone aus eigener Kraft Ordnung zu schaffen. Wir haben keine Schulden gemacht. Mehr noch: Wir haben erhebliche Haushaltsüberschüsse sowohl im Jahre 1948 wie im laufenden Jahre herausgewirtschaftet. Aus dem Jahre 1948 sind wir, wie ich neulich in der Plenarsitzung der DWK feststellen durfte, mit einem Haushaltsüberschuss von 364 Millionen DM herausgegangen und der Haushaltsplan für 1949 wird, wenn man auf das Kalenderjahr abstellt, einen Überschuss von 75 Millionen aufweisen. Auch haben wir in der Ostzone die Steuern erheblich senken können, und zwar um einen Betrag, der schätzungsweise zwischen 500 Millionen und einer Milliarde liegt. Freilich will man von diesen Dingen drüben nichts wissen. Wenn wir in ehrlicher Selbstzucht versucht haben, aus eigenen Kräften aufzubauen, dann haben wir natürlich manches entbehren müssen; wer skrupellos Schulden macht, kann natürlich besser leben. Aber wie sollen diese Schulden eines Tages bezahlt werden? Wir müssen immer eines bedenken: auch Schulden in den Westzonen sind deutsche Schulden.

In einer von einer westlichen Militärregierung lizenzierten, inoffiziösen Korrespondenz wurde schon vor Monaten darauf hingewiesen, daß mit der Aufhebung der Berliner Blockade und Gegenblockade der kalte Krieg noch lange nicht zu Ende sei. Man müsse sogar noch einen Schritt weiter gehen. Von den vier Blockaderingen, die sich wie ein eisernes Band um uns legen, ist erst einer gesprengt, während die drei anderen noch bestehen. Neben der Dollarklausel sind dies vor allem die Demontagen und die Zwangsexporte an Rohstoffen aus Westdeutschland. Vorsichtige Schätzungen haben ergeben, dass uns diese drei Blockaderinge einen materiellen Schaden zufügen, der doppelt so gross ist wie die Summe, die aus der Marshall-Plan-"Hilfe" und dem Budget der USA sich ergibt. Der ideelle Schaden ist noch bedeutend grösser, so dass der Durchschnittsdeutsche den Schluss ziehen kann, dass die Alliierten mit Absicht die Deutschen nicht wieder hochkommen lassen.

Von der wirtschaftlichen Seite aus müssen wir verlangen, dass endlich einmal Ordnung in diese Dinge kommt, denn es sind unsere Sorgen, es sind die Sorgen von Deutschland. Nun fragen wir, fragen alle Deutschen vor ihrem Gewissen:

Wollt Ihr, dass wir endlich einmal dazu kommen, ungehindert miteinander zu wirtschaften?

Wollt Ihr, dass wir in Deutschland eine einheitliche Währung haben?

Wollt Ihr Verkehrs- und Rechtseinheit?

Wollt Ihr, dass wir endlich eine Sprache sprechen, in der Herz zu Herzen spricht?

Das ist das Entscheidende. Darum haben wir gekämpft, darum wollen wir weiterkämpfen. Das steht in unserem Manifest. Dazu rufen wir alle Deutschen auf.

3. Deutscher Volkskongreß
(Pressedienst)

29. Mai 1949

Rede Otto W y s c h k e s (CDU)
Präsident des Deutschen Volksrates
=====

Der Redner behandelte zunächst das sogenannte Grundgesetz des Bonner Parlamentarischen Rates, das der Führer der bayerischen CDU, Dr. Josef Müller, als die "bedingungslose zivile Kapitulation" bezeichnet hatte. Er erinnerte dabei daran, daß Henry Wallace dem Präsidenten Truman vorgeworfen habe, das sowjetische Angebot auf Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen einen Monat zurückgehalten zu haben, um so den Nordatlantikpakt unter Dach und Fach zu bringen. Solche Methoden seien bisher in Europa unbekannt gewesen. Es müsse einmal ausgesprochen werden: "In der großen Frage des Friedens und der Völkerverständigung geht es nicht um Prozente, sondern um Prinzipien."

Der Redner führte sodann wörtlich aus:

"Nachdem die von Generalissimus Stalin ständig dargebotene Friedenshand unter nichtigen Vorwänden ausgeschlagen worden war, zwang die Sowjetregierung ihre Partner an den gemeinsamen Verhandlungstisch zurück durch die Aufhebung der Berliner Verkehrsbeschränkungen. Auch für die Verhandlungen der vier Außenminister wurden Bedingungen nicht gestellt. So nur war es möglich, Verhandlungen überhaupt wieder zustande zu bringen. Diese Methode entspricht dem Geist der eindrucksvollen Friedenskongresse, die in Paris und Prag die Friedenskämpfer der ganzen Welt aus 72 Nationen zusammengerufen hatten."

In Frankreich wird der Atlantik-Kriegspakt abgelehnt, der beinahe wortwörtlich von seinen Initiatoren mit den gleichen Argumenten als Verteidigungspakt gerühmt wurde, die die unseligen Urheber des Antikominternpaktes ihrem Vertragswerk mit auf den Weg gaben."

Der Redner ging nunmehr auf die Pariser Außenministerkonferenz ein. Über den Vorschlag des sowjetischen Außenministers Andrej Wyschinskij sagte er, daß der Antrag auf Wiedereinsetzung des Kontrollrats ein Bekenntnis zu den Grundlagen des Potsdamer Abkommens gewesen sei. Wyschinskij habe auf einem einfachen und einleuchtenden Wege vorgeschlagen, wie im Sinne des Wortlautes von Potsdam die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands entwickelt werden kann. Er habe dabei im Gegensatz zu seinen Gesprächspartnern vermieden, die Forderung aufzustellen, bestehende wirtschaftliche und staatliche Einrichtungen aufzugeben. Er schlug im Gegenteil eine Koordinierung der entsprechenden Einrichtungen des Westens mit denen der sowjetischen Besatzungszone vor. Ein gesamtdeutscher Staatsrat sollte Regierungsfunktionen übernehmen und unter der obersten Aufsicht des Kontrollrates arbeiten.

Wörtlich fuhr der Redner fort: "Der Aufbau auf gegebenen Grundlagen, die Anknüpfung an das, was in Wirklichkeit schon vorhanden ist, bedeutet, Deutschlands Einheit aus dem vorhandenen Material

3. Deutscher Volkskongreß
(Pressedienst)

29. Mai 1949
Rede Otto Nuschke - 2 -

zu errichten, das Gebäude aus den Steinen zu bauen, die zur Verfügung stehen.

Charakteristisch war Bevin's Frage: Müssen wir in den Westzonen einen Schritt zurückgehen? Der britische Außenminister ist offenbar in der deutschen Geschichte nicht besonders bewandert, sonst müßte ihm bekannt sein, daß ein Deutscher Bund schon einmal bestand und daß eine Wiederanknüpfung an ihn ein entscheidender Rückschritt sein würde.

Gestern hat nun auf der Pariser Außenministerkonferenz Mr. Bevin den Vorschlag der Westmächte formuliert. Dieser Plan trägt zwei entscheidende Merkmale: einmal das Verlangen nach Annahme des Bonner Statuts in seiner engen Verknüpfung mit dem Besatzungsstatut, und zum anderen den Verzicht auf jede Absicht, mit Deutschland Frieden zu schließen und Deutschland von den Besatzungstruppen zu räumen.

Wir vom Deutschen Volkskongreß als der einzigen und demokratisch legitimierten Repräsentation Gesamtdeutschlands werden die Pariser Verhandlungen wachsam verfolgen. Sie, meine verehrten Delegierten, finden in unserem Manifest, das wir zur Beschlußfassung unterbreiten, den Katalog von Forderungen, die wir als unabdingbar aufgestellt haben. Wir fordern von den in Paris versammelten Außenministern, daß sie im Einklang mit dem deutschen Volkswillen eine Form der deutschen Einheit finden, die es ermöglicht, eine deutsche Zentralregierung in irgendeiner Form zu berufen. Wir verlangen, daß endlich mit der deutschen Einheit ernst gemacht wird, daß Deutsche zu Deutschen kommen dürfen, daß der Austausch deutscher Wirtschaftsgüter zwischen West und Ost ohne Hemmungen erfolgen kann, daß die Grundlage der wirtschaftlichen Einheit, eine einheitliche deutsche Währung, uns zurückgegeben wird.

Über die Währungspolitik der Westmächte muß in diesem Zusammenhang ein ernstes Wort gesagt werden: Noch niemals hat ein Sieger einen unterlegenen Lande eine doppelte Währung aufgezwungen! Mit der Doppelwährung wollte man den ideologischen Gegner in seiner Wirtschaft treffen, man hat aber uns Deutsche getroffen. Die Einführung der Westwährung als alleinige Währung in Westberlin hat katastrophale Folgen gehabt; tausende von Betriebsstillegungen und ein Emporschnellen der Arbeitslosigkeit folgten.

Am Rande der Pariser Konferenz muß an eine Veröffentlichung erinnert werden, die im Stile Hitlers Herr Dr. Kurt Schumacher von sich gegeben hat. Wie sein Vorbild stellt auch er Punkte auf, diesmal 12 an der Zahl. Aber er hat diese 12 Punkte vorher gründlich entwertet. Er proklamierte nämlich als das Ziel der Sozialdemokratischen Partei, als die Voraussetzung ihrer 12 Punkte den Anschluß eines Gesamtdeutschlands, das er sonst zu sabotieren nicht müde wird, an die ökonomischen und politischen Bindungen des Marshallplanes und des Atlantikpaktes. Man darf zu Ehren friedensbereiter Sozialdemokraten annehmen, daß auch sie diese Bindung an einen den Frieden der Welt gefährdenden Kriegspakt ablehnen werden.

3. Deutscher Volkskongreß
(Pressedienst)

29. Mai 1949
Rede Otto Nuschke - 3 -

Auf den Berliner Streik eingehend, erklärte der Redner, daß seiner Zeit die Eisenbahner die Berliner S-Bahn in hingebungsvoller, aufopferungsvoller Arbeit wiederaufgebaut hätten. "Sollte man es für möglich halten können, daß es eine Organisation gibt, die sich - wenn auch fälschlich - Gewerkschaft nennt, es über sich bringen würde, das traurige Zerstörungswerk der SS zu wiederholen? Das Zusammenspiel dieser Kreise und führender Politiker des Westens hat uns einen erschreckenden Ausblick eröffnet. Obwohl nach den eindeutigen Abmachungen der Alliierten von 1945 die Bahnkörper von Berlin dem sowjetischen Besatzungsgebiet zugerechnet werden, hat General Howley Bahnhöfe und Gleisanlagen mit der ihm unterstellten Westpolizei besetzen lassen. Es ist klar, daß er damit einen casus belli, einen Kriegsfall, schaffen wollte, der die ganze Apparatur des Atlantikpaktess hätte auslösen können. Nur die entschlossene Friedensliebe der sowjetischen Besatzungsmacht hat es verhindert, daß dieser Kriegsfall nicht zu einer bewaffneten Auseinandersetzung führte. Darum muß man an die verantwortlichen Stellen, also an General Howleys Vorgesetzte, appellieren: Holt Howley heim!"

Gerade solche gewissenlosen Gefährdungen des Friedens, so fuhr Otto Nuschke fort, zeigen deutlich, wie notwendig die Arbeit des Deutschen Volkskongresses ist. "Deutschland muß endlich von der Gefahr internationaler Komplikationen in seinen Grenzen befreit werden. Der klare Weg zu diesem Ziel führt über die Einheit Deutschlands, über eine deutsche Zentralregierung, mit der ein Frieden für ganz Deutschland abgeschlossen werden kann. Der Außenministerrat hat vor der Geschichte und vor der Welt die Pflicht, die Grundlagen eines Friedensvertrages zu umreißen und einen Zeitpunkt für Friedensverhandlungen festzusetzen. Alle Deutschen aber, die guten Willens sind, müssen in den nationalen Grundfragen zusammenstehen. Die nationale Front ist kein neues Schlagwort und noch weniger eine neue Firma. Sie ist die Zusammenfassung aller Deutschen, die sich bewußt sind, daß unsere Generation vor der Zukunft unseres Vaterlandes die Verantwortung dafür trägt, das große deutsche Kulturvolk als Nation zusammenzuhalten."

3. Deutscher Volkskongress
(Pressedienst)

29. Mai 1949

Referat von Vincenz M ü l l e r (NDP)

Der ^{aus}Redner ging von der Notwendigkeit der Erweiterung der Nationalen Front für Einheit und Frieden gerade jetzt, in der Stunde, in der die Grossmächte sich wieder am Verhandlungstisch zusammengefunden haben. Er betonte die Bedeutung unserer nationalen Geschlossenheit für die Verhandlungsbereitschaft der Grossmächte unter sich und für die Zulassung deutscher Vertreter bei den Verhandlungen über Deutschlands Zukunft. Im weiteren verwies er auf die Bedeutung eines einheitlichen und friedlichen Deutschlands nicht nur für das deutsche Volk selbst, sondern für alle anderen Völker.

Zur Klärung eines richtig verstandenen Begriffs "national" fuhr er fort: "Wir müssen uns klar werden, was Wort und Begriff "national" bedeuten. "National", dieser Begriff umfasst das ganze Volk, die allen gemeinsamen Interessen. "National" heisst nicht Feindseligkeit gegen andere Völker. "National" heisst auch nicht - wie so oft von deutschen Politikern gepredigt wurde und noch gepredigt wird - die Gegensätze unter den anderen Völkern ausnützen oder gar verschärfen. Die Niederlage im ersten Weltkriege und die Katastrophe des zweiten Weltkrieges sind das Ergebnis derartiger Machenschaften und Fehlrechnungen und mahnen uns, zur Grundlage nationaler Politik das allen gemeinsame zu nehmen: Den Willen zu Frieden, zu nationaler Einheit und Unabhängigkeit und zu nationalem Wohlstand.

Wirklich national sein im Denken und Handeln heisst, im Frieden leben und die Rechte anderer Völker ebenso wie die Rechte des eigenen Volkes achten und wahren.

So verstanden dürfen wir uns nicht scheuen, das Wort "national" in den Mund zu nehmen. Wir Nationalen Demokraten sind stolz darauf, dieses Wort im Sinne eines Zusammenschlusses aller Deutscher guten Willens verwendet zu sehen. Unser Ziel ist es gerade, das Wort "national" wieder zu neuem Klang und Ansehen zu verhelfen. Mit solchem Denken und Handeln schaden wir keinem anderen Volke!"

Alsdann rechnete er scharf ab mit der Deutschlandpolitik der amerikanischen, englischen und französischen Regierung, die jede berechnete nationale Regung in Deutschland als nationalistisch verdammen, während gerade sie selbst bei uns eine ausgesprochen nationalistische Politik betreiben, indem sie auf Kosten des deutschen Volkes ihre Machtstellung ausbauen wollen.

Sodann wandte der Redner sich gegen die Verräter unserer deutschen Interessen, die wie Herr Reuter zwar den Wunsch aussprechen, dass die Fahne der sowjetischen Besatzungstruppen recht bald vom Brandenburger Tor verschwinden möge, aber gleichzeitig zu Truman und den Göttern flehen um den Verbleib der amerikanischen Besatzungstruppen. Wie allen Verrätern an der deutschen Sache ist auch ihm nur die Hoffnung geblieben, dass er nur von USA-Truppen vor dem gerechten Zorn des deutschen Volkes geschützt werden kann.

3. Deutscher Volkskongress (Pressedienst)

29. Mai 1949

Referat von Vincenz Müller - Blatt 2

Dieser kleinen Schicht von sogenannten Politikern, die ihr Volk und Vaterland preisgeben und verraten, stellte der Redner die zunehmende Kraft der Nationalen Front gegenüber, die mit einer Zweidrittelmehrheit bei den Volkskongresswahlen einen bedeutenden Erfolg errungen haben. Die Schmähungen und Verleumdungen gegen den Deutschen Volkskongress, wie gegen die von Tag zu Tag sich mehrenden Erkenntnisse zur Nationalen Front in den Westzonen beweisen, wie sehr den Spaltern und Kriegshetzern die Verbreiterung dieser Front auf die Nerven geht.

Ausgehend von der Frage: Was können wir tun, um die Erweiterung der Nationalen Front zu fördern? verwies der Redner auf die Erklärung des Deutschen Volksrats vom 7. Mai, in der es heisst: "Nur unsere eigenen Handlungen können die nationale Zukunft Deutschlands und die Zukunft unserer Kinder sichern." Es gelte, auch den letzten Deutschen zu gewinnen, der guten Willens ist.

Über die "Nein"-Sager zum Dritten Deutschen Volkskongress erklärte er: "Den "Nein"-Sagern bei den Wahlen zum Dritten Deutschen Volkskongress müssen wir in unermüdlicher und geduldiger Arbeit klarmachen, dass ihr "Nein" ein schlechtes und falsches Mittel war. Ihr "Nein" war kein "Nein" zu Deutschlands Einheit, es war ein "Nein" zu den Mängeln und Unzulänglichkeiten, den Nöten und Mühseligkeiten des Nachkriegslebens. Es war ein "Nein" auch zu gewissen Härten und Ungerechtigkeiten. Aber es war kein Mittel zu deren Beseitigung. Sie haben - im Gegenteil - mit ihrem "Nein" gerade denen in die Hände gearbeitet, die ein Interesse an der Fortdauer dieser Schwierigkeiten und Mängel haben, weil sie nichts so sehr fürchten wie die Überwindung unserer Mängel und Unzulänglichkeiten, und weil sie weder ein einiges Deutschland noch ein in sich geeintes deutsches Volk brauchen können.

Aber auch die "Nein"-Sager sind Deutsche, auch ein irrender Deutscher bleibt ein Deutscher. Darum dürfen wir nicht erlahmen in der Mühe, auch die "Nein"-Sager zu ehrlichen und mutigen "Ja"-Sagern zu machen, ihnen die Einsicht ihres Irrtums zu vermitteln und ihnen den Weg zu zeigen, wohin alle Deutschen guten Willens gehören, den Weg in die Nationale Front."

Weiter gelte es unseren Brüdern und Schwestern im Westen zu helfen, den Nebel von Lüge und Verleumdung, der um sie verbreitet wird, zu durchdringen.

Es gelte, dass wir verstehen lernen, in der Frage unseres nationalen Bewusstseins eine gemeinsame Sprache zu finden und gemeinsam zu handeln. "Wir im Osten müssen die Nationale Front vorleben, indem wir unsere ganze Politik den gemeinsamen nationalen Aufgaben unterordnen. Wir müssen beweisen, dass wir hier im Osten ohne Unterschied von gestriger oder heutiger Parteizugehörigkeit, ohne Unterschied der Weltanschauung, ohne Unterschied von Stand oder Beruf die nationa-

3. Deutscher Volkskongress
(Pressedienst)

29. Mai 1949

Referat von Vincenz Müller - Blatt 3 -

len Ziele über alle Parteiziele stellen. Ich darf an dieser Stelle sagen, dass es gerade die National-Demokratische Partei Deutschlands ist, die seit ihrem Bestehen unentwegt diese Forderung vertreten hat. Mit Genugtuung glauben wir feststellen zu dürfen, dass wir damit der Nationalen Front eine wertvolle Vorarbeit geleistet haben.

Wir Nationalen Demokraten verstehen unter Demokratie die Gleichheit aller im Wettstreit für die Wahrung der Interessen der Nation. Der gleichen Verpflichtung muss aber auch die gleiche Berechtigung für alle Deutschen guten Willens entsprechen. Die so verstandene Gleichheit muss aus einer Forderung, aus einer Losung in einen selbstverständlichen Grundsatz unseres täglichen Lebens verwandelt und in der Praxis verwirklicht werden. Hier bleibt noch manches zu tun. Bei aller Anerkennung der Notwendigkeit der demokratischen Wachsamkeit gilt es jetzt, wo es um Deutschlands Zukunft geht, wohlberechtigten alten Groll und Hass, gilt es letztes Misstrauen zu überwinden und die Deutschen allein danach zu messen, was sie aus der Vergangenheit gelernt haben, welchen Beitrag für die Erfüllung unserer nationalen Aufgaben zu leisten sie gewillt und befähigt sind.

Wenn wir sagen: 'Einiges Volk! Einiges Land', so muss dieses Land allen gehören, die ehrlich und treu mitkämpfen für Einheit, Unabhängigkeit und Frieden, muss dieses Land allen Lebensmöglichkeiten geben nach Fähigkeit und Leistung."

Aufgabe des Deutschen Volksrates sei es, vor allem, die Mittel und Wege im einzelnen festzulegen, die der praktischen Verwirklichung der Nationalen Front dienen sollen. Die neu zu belebenden und zu erweiternden Volksausschüsse könnten dafür eine wertvolle Kraft darstellen.

Mit dem Hinweis auf das jüngste Verbot einer gesamtdeutschen Besprechung in Hannover durch die britische Besatzungsmacht und der Feststellung, dass man im Osten ungestört sprechen und auch eintreten könne für Deutschlands Einheit, Unabhängigkeit und für den Frieden, schloss der Redner: "Für uns gibt es keinen Unterschied zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland, Süddeutschland und Norddeutschland, Ost-Berlin und West-Berlin! Wir kennen nur ein Deutschland und eine deutsche Hauptstadt. Und wir kennen nur einen höchsten Wunsch für dieses geeinte Deutschland: Friede!"

3. Deutscher Volkskongress
(PresseDienst)

29. Mai 1949

Wilhelm Fieck zur Verhaftung Max Reimanns:

Ich muss Ihnen leider die Tatsache mitteilen, dass Max Reimann heute Vormittag auf Anordnung der britischen Militärregierung von deutschen Polizisten in Paderborn verhaftet wurde (Zuruf: Wir fordern sofortige Freilassung von Max Reimann!.....)

Ich rufe in Erinnerung, dass Max Reimann vor einiger Zeit von der britischen Militärregierung zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, weil er die Verräter der nationalen Politik als Quislinge bezeichnet hat. Er wurde damals verurteilt auf Grund einer Verordnung, wonach die Bediensteten der britischen Militärregierung in keiner Weise wegen ihrer Tätigkeit angeschuldigt werden dürfen. Sie wurden damit als das gekennzeichnet, was sie sind, nämlich Bedienstete der britischen Militärregierung.

Wir müssen den schärfsten Protest dagegen erheben, dass Max Reimann auf dem Wege zu unserem Kongress auf Anordnung der britischen Militärregierung von deutscher Polizei verhaftet wurde. Es ist eine Schande, dass sich deutsche Polizisten gefunden haben, die die Anordnung der britischen Militärregierung ausführten. Es zeigt sich, was es auf sich hat, wenn die Herren in Paris uns die Zusicherung der persönlichen Freiheit geben. Wir haben genügend Beispiele dafür, wie dort die persönliche Freiheit missachtet wird. Der Fall Max Reimann ist ein eklatantes Beispiel dafür. Das ist die Perspektive, die dem deutschen Volke droht, wenn diese Herren die Macht über ganz Deutschland erhalten würden. Darum muss unser Kampf umso schärfer sein. Das deutsche Volk muss seine Sache selbst in die Hand nehmen. Ich schlage vor, dass das Präsidium des Deutschen Volksrates mich ermächtigt, sofort ein Telegramm folgenden Inhalts an die britische Militärregierung zu richten:

"Der dritte Deutsche Volkskongress erhebt den schärfsten Protest gegen die auf Anordnung der britischen Militärregierung in Paderborn erfolgte Verhaftung des Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Deutschlands, Max Reimann, durch die deutsche Polizei. Der Kongress fordert seine sofortige Freilassung und die Freigabe seiner Reise nach Berlin zum Deutschen Volkskongress".

Die darauf folgende Abstimmung ergab einstimmige Annahme.

3. Deutscher Volkskongreß (PresseDienst)

29. Mai 1949

Flammender Protest gegen die Verhaftung Max Reimanns

Die Nachmittagssitzung am ersten Tag des 3. Deutschen Volkskongresses wird von Wilhelm Pieck um 15.30 Uhr eröffnet. Ein Sprecher der Berliner Eisenbahner begrüßt den Kongreß und ruft den Delegierten zu: "Unser Kampf um die Erhaltung der Eisenbahn ist ein Teil des Kampfes um den Frieden!" Die Berliner Eisenbahner, so stellt der Redner fest, haben mit dem verbrecherischen Treiben der von der UGO und ihren Hintermännern aufgezogenen Zerstörer von Berliner Verkehrsanlagen nichts zu tun.

Ein Vertreter der Belegschaft und der technischen Intelligenz des Berliner Glühlampenwerks begrüßt den Kongreß mit der Bekundung des Willens der Werktätigen, Einheit und Frieden zu erkämpfen. Zum Zeichen ihrer Aktivität hat die Belegschaft in einer Sonderschicht wichtige Arbeiten zur Verbesserung der Straßenbeleuchtung in der deutschen Hauptstadt geleistet.

Wilhelm Pieck dankt im Namen des Kongresses für die Begrüßungsworte und teilt mit, daß weitere 105 westdeutsche Delegierte, Teilnehmer der VVN-Tagung, die soeben in Dresden beendet wurde, eingetroffen sind. Die Freude der Volkskongreßdelegierten über diese Nachricht schlägt in flammende Empörung um, als Wilhelm Pieck anschließend bekannt gibt, daß Max Reimann auf der Reise nach Berlin in Paderborn auf britischen Befehl von deutschen Polizisten verhaftet wurde. Spontan wird aus der Versammlung heraus die sofortige Freilassung Reimanns gefordert; Hochrufe auf den mutigen Kämpfer für die Einheit Deutschlands ertönen und der gesamte Kongreß bringt seine brüderliche Verbundenheit mit Reimann durch den gemeinsamen Gesang des Liedes "Brüder, zur Sonne, zur Freiheit" zum Ausdruck.

In kurzen Worten erinnert Wilhelm Pieck an die Verurteilung Max Reimanns zu drei Monaten Gefängnis, weil er Verräter an der nationalen Einheit mit Recht "Quislinge" genannt hatte. Durch die Urteilsbegründung - "Bedienstete der britischen Militärregierung dürften nicht angegriffen werden" - hatte diese selbst die Feststellung Reimanns bestätigt. Warnend wies Wilhelm Pieck auf dieses Beispiel "persönlicher Freiheit" westlicher Prägung hin, die nach dem Willen reaktionärer Politiker auf ganz Deutschland ausgedehnt werden soll. Aber das deutsche Volk erkennt seine wahren Interessen in zunehmendem Maße; immer lauter und geschlossener fordert es den Abzug der Besatzungstruppen und das Recht, sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen.

Einstimmig wird das Präsidium des 3. Deutschen Volkskongresses von den Delegierten ermächtigt, in einem Protesttelegramm an die britische Militärregierung die sofortige Freilassung Max Reimanns und die Ermöglichung seiner Reise nach Berlin zu fordern.

Danach gibt Wilhelm Pieck dem Bergarbeiter Josef Ledwohn, Landtagsabgeordneter von Nordrhein-Westfalen - während des Naziregimes Kämpfer gegen den Faschismus und jahrelang Häftling in dessen Zuchthäusern, seit kriegsende unermüdlicher Kämpfer gegen die Spalter unseres Vaterlandes - das Wort zur Verlesung der Rede Max Reimanns.

3. Deutscher Volkskongress
Presseamt

29. Mai 1949

Westdeutschland begrüsst den Aufruf zur Bildung
der Nationalen Front.

Rede Erich L e d w o h n s.

Erich Ledwohn, Abgeordneter des Landtags Nordrhein-Westfalen, überbrachte einleitend die Grösse Max Reimanns an den 3. Deutschen Volkskongress und führte anschliessend zur erneuten Verhaftung des westdeutschen KPD-Führers u.a. aus:

"Es gibt keinen anständigen Deutschen, gleich welcher Weltanschauung, gleich welcher Partei er angehört, der nicht mit Empörung von dieser neuen Massnahme der Militärregierung erfüllt wäre. Ich kann Ihnen versichern, dass Max Reimann trotz der Massnahmen der Militärregierung der unerschütterliche Kämpfer für die nationale Souveränität Deutschlands sein wird und nichts wird ihn und uns hindern, unseren gerechten Kampf durchzuführen, bis, getragen von der Mehrheit des deutschen Volkes, die nationale Einheit und der gerechte Friede gesichert ist."

Anhand zahlreicher Beispiele über den Niedergang der Textilindustrie, des Schiffahrtswesens und anderer Wirtschaftszweige schilderte Ledwohn sodann die verheerenden Folgen der von den amerikanischen Monopolherren in Westdeutschland getriebenen Kolonialpolitik, die durch das Ruhrstatut noch verheerender werden. Ledwohn erklärte weiter: "Es gibt Leute, die den Marshallplan begrüsst, heute aber erkennen, dass er die goldene Schlinge um den Hals der deutschen Wirtschaft bedeutet."

Diese Politik ist deshalb zum Bankrott verurteilt, weil sie sich bedingungslos den kolonialen Interessen ausländischer Machtgruppen unterwirft. Schliesslich haben wir es mit Mächten zu tun, die nicht unerfahren sind in der Einrichtung von Kolonien. Niemand von uns kann erwarten, dass die kolonialen Herren ihre wahren Absichten offen proklamieren."

Erich Ledwohn erklärte dann zur sogenannten "Bonner Verfassung": "Lange Zeit bemühten sich führende Politiker Westdeutschlands, in der Öffentlichkeit den Anschein zu erwecken, als ob sie im Auftrage des Volkes an einer Verfassung arbeiteten. Aber zu wiederholten Malen wurden sie von Offizieren der Militärregierung zur Berichterstattung gezwungen und ihre bisherigen Arbeiten, ihre Entwürfe wurden von den Militärregierungen verworfen. Sie bekamen bindende Richtlinien, nach denen sie ihre Arbeit zu korrigieren und den endgültigen Text der Verfassung für den westdeutschen Separatstaat auszuarbeiten hatten. Trotz dieser offensichtlichen Auftragsgesetzgebung haben es die Verfassungsmacher von Bonn nicht für unter ihrer Würde befunden, den politischen und wirtschaftlichen Interessen der westlichen Staatengruppen auf Kosten des eigenen Volkes zu dienen. Die ganze Unfreiheit des deutschen Volkes im Westen wird offenbar durch das inzwischen vollendete Besatzungsstatut, durch das auch die geringen Scheinrechte des Bundesparlamentes und einer westdeutschen Separatregierung wieder aufgehoben werden."

3. Deutscher Volkskongress
Pressedienst

29. Mai 1949
Rede Ledwohn - 2 -

Wird jemals eine Generation nach uns verstehen, dass es deutsche Politiker gab, die für ein jahrzehntelanges Besatzungsregime und für das Verbleiben von Besatzungstruppen eingetreten sind? Das Besatzungsstatut macht es offenbar, dass die westlichen Mächte das Besatzungsregime für unabsehbare Zeit aufrichten wollen. Sie wollen das schmachhaft machen, indem sie es mit der Abwehr des Bolschewismus begründen. Ist das nicht die gleiche katastrophale Fanfare, wie sie die faschistischen Abenteurer und Propagandisten gebrauchten? Die Losung "Abzug der Besatzungstruppen", wie sie die Sowjetunion erhebt, stimmt mit den deutschen Interessen vollkommen überein. Die Volksmassen im Westen erhoffen dadurch die Befreiung von der drohenden kolonialen Versklavung. Manche Politiker glauben wohl, dass das deutsche Volk keine Beziehungen mehr zu einigen lehrreichen Kapiteln seiner Geschichte hat. Es ist Tatsache, dass nach dem ersten Weltkrieg an Rhein und Ruhr eine Separatistenbewegung entstand. Es dürfte nicht vergessen sein, mit welcher Empörung und Verachtung sich das gesamte deutsche Volk von diesen Separatisten abgewandt hat. Vielleicht glaubt Herr Adenauer, sein separatistisches Lebenswerk heute vollenden zu können. Wir aber sind gewiss, dass die gewaltige Mehrheit des deutschen Volkes, auch der Bevölkerung im Westen Deutschlands, das Gestrüpp der Verlogenheit und der Täuschung durch die Erfahrung seines nationalen Kampfes durchdringen und das vollenden wird, was es 1918-1923 im Kampf gegen die Separatisten nicht zu Ende geführt hat."

Erich Ledwohn kam sodann auf die Nationale Front, insbesondere auf deren Bildung in Westdeutschland, zu sprechen und führte u.a. aus: "Die Nationale Front wird sich aus allen Bevölkerungsschichten, die für die Einheit Deutschlands, für seine Souveränität und für den Abzug der Besatzungstruppen eintreten, bilden. Wo kommt die Nationale Front heute zum Ausdruck? Dort, wo die Wirksamkeit des kolonialen Systems am fühlbarsten ist: in den Betrieben, in den Leitungen der Unternehmungen, in den Industrie- und Handelskammern, unter der Bauernschaft, bei der Intelligenz, bei der Jugend. Besonders in der Jugend drängen die Kräfte nach einer Vereinigung im nationalen Kampfe für ganz Deutschland. Die deutsche Jugend wird in der vordersten Linie der Nationalen Front stehen, und das bietet die sicherste Gewähr für unsere nationale Zukunft."

Die Arbeiter haben die Initiative ergriffen und sie haben sich vielerorts, ohne Unterschied ihrer Parteizugehörigkeit oder ihrer Weltanschauung, zusammengesetzt und ihre Unternehmer aufgefordert, sich ihren Schritten anzuschließen. So entsteht die gemeinsame nationale Front in den Betrieben Westdeutschlands. Der Nationalen Front gehören aber auch alle jene vielfältigen Interessengemeinschaften in Westdeutschland an, die von den verschiedensten Gesichtspunkten aus sich in Richtung der drei Hauptforderungen der Nationalen Front bewegen: für die Einheit Deutschlands, für einen gerechten Frieden, für den Abzug der Besatzungstruppen."

Der Redner hob hervor: "Wir, die Delegierten aus West-

3. Deutscher Volkskongress
Pressedienst

29. Mai 1949.

Rede Ledwohn - 3 -

deutschland werden mit neuen Impulsen und der Überzeugung von der Gerechtigkeit unserer Sache nach Westdeutschland zurückkehren und die Hunderte anderer Delegierten, die nicht erscheinen konnten, werden wir unterrichten und mit ihnen gemeinsam an der Spitze des Kampfes für ein einheitliches, freies, demokratisches Deutschland stehen. Diese Nationale Front ist zugleich die grosse Waffe der gesunden Teile des Volkes gegen die Gefahr des Chauvinismus, der in Westdeutschland aufs neue gezüchtet und als Waffe imperialistischer Interessen benutzt wird. Die Nationale Front ist ein erbitterter Feind der Kriegshetze, die der Vorbereitung des Krieges dient. Wir wollen den Frieden und die friedliche Zusammenarbeit mit allen Völkern. Wir erklären als Anhänger der Nationalen Front, dass wir für den Gedanken eines edlen deutschen Patriotismus eintreten, denn Patriotismus heisst Liebe zur Heimat, Achtung der Souveränität anderer Völker, heisst Begeisterung für den friedlichen Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes. Patriot sein heisst für die nationale Einheit Deutschlands und für die Freundschaft zu allen Völkern eintreten. Darum verbinden wir unseren nationalen Kampf mit dem Kampf für den Frieden. Denn wer für den gerechten Frieden mit Deutschland eintritt, wird gleichzeitig für die Sicherung des Weltfriedens sein.

Die demokratischen Interessen eines nationalgeeinten Deutschlands stehen nicht im Gegensatz zu den Interessen anderer Völker, darum richtet sich auch der Kampf aller nationalen, fortschrittlichen und friedlichen Kräfte in Westdeutschland gegen den Versuch, Westdeutschland unter die Oberherrschaft der imperialistischen Mächte in das System kriegsfördernder Pakte einzureihen. Wir wollen niemals, dass Westdeutschland mit seinem Ruhrgebiet das Waffen- und Menschenarsenal für die Kriegstreiber der Welt wird. Wir wollen nicht, dass Westdeutschland die Stütze einer Kriegsfront neuer Weltoberer gegen die friedliebenden Völker des Ostens und Westens wird.

Wir erklären: Die Kanonen der Atlantikpaktstaaten sind keine Garantien, sondern eine ständige Gefahr für den Frieden; die besten Garantien für den Frieden sind die friedlichen Produktionsstätten in einem nationalgeeinten und demokratischen Deutschland. Deshalb verstehen Sie unseren leidenschaftlichen Kampf gegen das Grundgesetz, das in seinen Paragraphen 24, 25 und 26 das deutsche Volk zwingen will, sich den Kriegsinteressen der ausländischen Mächte unterzuordnen. Darum sind wir gegen den Atlantikpakt. Darum sind wir gegen die mit betrügerischen und illusionären Lösungen arbeitende: Europa-Union. Wir wenden uns ebenso gegen die Illusion der sogenannten Weltbürger, die ihre Nation verleugnen wollen.

Wir fordern von der Pariser Konferenz: Gebt dem deutschen Volke seine Souveränität, gebt ihm seine politische und wirtschaftliche Einheit, macht es frei von den Besatzungstruppen, damit seine Bewohner gleichberechtigte Bürger in der Welt sein können. Von der Tribüne des grossen Deutschen Volkskongresses appellieren wir an alle Freunde der Einheit und des Friedens in Westdeutschland. Es darf keine Stunde Eures Lebens geben, wo Ihr nicht für die Idee der Nationalen Front im Kreise Eurer Arbeitskameraden wirkt, im Kreise Eurer Parteien und Organisationen, in allen Schichten der Bevölkerung, ohne Unterschied des Standes und der Weltanschauung.

3. Deutscher Volkskongress
Pressedienst

29. Mai 1949

Rede Ledwohn - 4 -

Ich erkläre als Kommunist, als Vertreter einer Arbeiterpartei, die im Kampfe gegen den Faschismus und Imperialismus grosse Opfer gebracht hat, im Namen der westdeutschen Arbeiterschaft, dass wir bereit sind, mit allen Menschen Deutschlands zusammenzugehen, die die Nationale Einheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes wollen. Aber zur gleichen Zeit gilt unsere Verachtung allen Verrätern an der Nation, die aus egoistischen und persönlichen Interessen mit fremden Kolonialherren zusammenarbeiten. Der 3. Deutsche Volkskongress, der die Einheit unseres Vaterlandes und den Frieden auf seine Fahne geschrieben hat, hat die Sympathie breiter Schichten unserer Heimat erobert. Auch wir im Westen Deutschlands stehen zu ihm und erblicken im Volkskongress die grossenationale Kraft, die unser Volk braucht, um den nationalen Notstand überwinden zu können. Wir westdeutschen Delegierten begrüssen es deshalb besonders, dass dieser 3. Deutsche Volkskongress zur Schaffung der Nationalen Front aufruft."

Ledwohn schloss: " Wir verpflichten uns, diese Nationale Front aus Osten und Westen, aus Süden und Norden unseres Vaterlandes zu schaffen und mitzuhelfen, ein einheitliches Deutschland herzustellen zum Segen und zum Glück unseres Volkes und aller Völker. Jeder Deutsche, wo immer er auch stehen mag, gehört in die grosse gesamtdeutsche Nationale Front. Es lebe der Kampf aller deutschen Patrioten für die Einheit unseres Vaterlandes, es lebe der Kampf für Frieden und Völkerverständigung!"

3. Deutscher Volkskongress
(Pressedienst)

29. Mai 1949

Die Diskussionsreden der Sonntag-Nachmittagssitzung
=====

Nach der Verlesung der Rede Max Reimanns sprach als erster Diskussionsredner der erste Vorsitzende des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, Herbert Warnke. Der Bundesvorstand des FDGB habe beschlossen, alle Bestrebungen zur Erweiterung der Nationalen Front zu unterstützen. Niemand dürfe in dieser Situation schweigen, am wenigsten die Gewerkschaften. Er richte deshalb an alle Gewerkschaftler in Berlin, in der Ostzone und in Westdeutschland den Appell, mit allen Deutschen für die Einheit Deutschlands zusammenzuarbeiten. Die Basis einer solchen Zusammenarbeit sei die Interzonenkonferenz der Gewerkschaften im vorigen Jahre. Es sei nicht die Schuld des FDGB, wenn diese Konferenz zu keinem abschliessenden Resultat gekommen sei. Wenn aber von Gewerkschaftern Westdeutschlands vorgeschlagen werde, zuerst den Ausgang der Pariser Außenministerkonferenz abzuwarten, ehe man Deutschland zu den dort behandelten Fragen Stellung nehme, so müsse er fragen: Wer soll im zukünftigen Deutschland leben, die Besatzungsmächte oder die Deutschen?

Die Zusammensetzung des Volkskongresses bewiese am besten die Möglichkeit einer Zusammenarbeit aller ihr Vaterland liebenden Deutschen. Unter der Zerreissung unseres Vaterlandes hätten die Arbeiter wohl am schwersten zu leiden. Die 10 Millionen deutscher Gewerkschaftler müßten deshalb in der Nationalen Front deren aktivster Teil werden. Zwischen den Betrieben des Westens und der Ostzone seien in den letzten Wochen in immer stärkerem Maße Beziehungen aufgenommen worden, um die Einheit der deutschen Wirtschaft zu diskutieren. Er begrüße diese Bestrebungen, die ein wesentlicher Beitrag im Kampf um die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden seien.

Professor Ernst Niekisch setzte sich zunächst mit dem Begriff der Freiheit auseinander. "Unter Freiheit", so stellte er im Hinblick auf die Politik des Westens fest, "wird jetzt verstanden, Völker zu knechten, Nationen in ihrer Existenz zu gefährden und zu zerschlagen." Der beste Beweis für den Mißbrauch des Freiheitsbegriffes sei die Bonner "Verfassung". Die Kreise, die hinter dieser Verfassung stehen, verstehen unter Politik Kapitulation. In der Ostzone dagegen habe man begreifen, dass Unabhängigkeit und Freiheit nicht fremde Geschenke sein können, sondern eigene Werke sein müssen. Der angeblich höhere Lebensstandard im Westen sei ein Schmarotzerwohlstand. Dies gelte nicht zuletzt auch für das geistige Leben. Der Redner führte Beispiele für die geistige Stagnation der Westzonen an und erklärte weiter: "Der Aktivismus, der im Gegensatz dazu die Ostzone beherrsche, wirkt sich nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet aus, sondern auch auf geistigem und politischem. Dieser Aktivismus, der gewissen Kreisen des Westens unheimlich ist, ist frei von jedem kriegerischen Expansionismus. Zu verteidigen sind die Güter des Friedens, die Güter der Freiheit!"

Abschliessend wies Professor Niekisch auf das Wiederaufleben des Geistes von Rapallo hin, des Geistes einer fruchtbaren deutsch-sowjetischen Annäherung, und rief auf zum Widerstand gegen jegliches Landsknechtstum, zum Zusammenschluss aller patriotischen Kräfte in der Nationalen Front.

3. Deutscher Volkskongreß
(Pressedienst)

29. Mai 1949

Die Diskussionsreden... - 2 -

Pfarrer Heynen aus Köln, betont einleitend, daß er nicht als Vertreter einer Partei oder Organisation, sondern als freier deutscher Mann an diesem Kongreß teilnehme. "Ich bin", so erklärt Pfarrer Heynen, "mit mancherlei Fragen und Bedenken hierher gekommen. Ich hatte unter anderem fragen wollen; Wie könnt Ihr Euch als Vorspann für eine fremde Macht ausnutzen lassen? Ich muß gestehen, es ist uns in vielem ein falsches Bild gezeichnet worden. Wir hätten es nicht für möglich gehalten, daß über diesem Raum ein Spruchband steht, das den Abzug der Besatzungsmächte fordert. Auch im Westen ist der Wille zur nationalen Einheit und Freiheit sehr stark. Wir am Rhein werden niemals ein separates Rheinland werden."

Eine der wesentlichsten Aufgaben des Volkskongresses bestehe darin, nach Mitteln und Wege¹ zu suchen, wie man künftig das deutsche Haus einrichten, wie man insbesondere den Ärmsten im Volke helfen könne. Hier sehe die Kirche eine ihrer Aufgaben. In diesem nationalen Notstand habe die Kirche auf das Wort des Mannes zu hören, der uns gelehrt habe, unseren Bruder, unseren Nächsten zu lieben. In diesem Sinne rief der Redner dazu auf, in brüderlicher Zusammenarbeit zwischen Ost und West an der Lösung der uns gestellten Aufgaben zu wirken.

Dann ergriff Adolf Hennecke als Repräsentant der Aktivistenbewegung der Ostzone das Wort. Er erklärte, daß die Aktivisten am konsequentesten um die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden kämpfen. Sie sehen die Lösung der deutschen Probleme nicht im Diskutieren oder Randalieren, sondern im Produzieren. Die Ostzone habe Schwierigkeiten in der Materialversorgung, mit denen sie auch allein fertig werden könne, aber es sei leichter, wenn man die fehlenden Materialien aus dem Westen bekäme. Er sei sicher, daß die Bergarbeiter des Ruhrgebietes diese Anschauungen mit ihm teilen und daß gerade die Bergarbeiter Gesamtdeutschlands in vorderster Front im Kampfe um die Einheit Deutschlands stehen. Seiner Ansicht nach werde die Nationale Front durch die Verhaftung Max Raimanns nur noch stärker werden. "Die Aktivisten der Ostzone jedenfalls geben für die Einheit Deutschlands ihr begeistertes J a !"

3. Deutscher Volkskongress
Pressedienst

29. Mai 1949
Die Diskussionsreden - 3 -

Der hessische Journalist W. K. Gerst, der als nächster sprach, berichtete in seinem Diskussionsbeitrag über eine Reihe von Begleitumständen bei der Verabschiedung des Bonner "Grundgesetzes", die deren zutiefst undemokratischen Charakter in geradezu sensationeller Weise beleuchteten. So wurde nur durch den jetzt widerrechtlich verhafteten Max Reimann verhindert, dass am Schluss der pompösen Verabschiedung des Grundgesetzes die erste Strophe des Deutschlandliedes gespielt wurde! Die Ablehnung der aus der Ostzone ergangenen Ausrufe zu einer gesamtdeutschen Beratung durch die Bonner Kreise wird durch deren volksfremde Politik am besten gekennzeichnet.

Gerst stellte die Frage, wer denn eigentlich den Parlamentarischen Rat gewählt habe; die westdeutsche Bevölkerung sei es nicht gewesen. Selbst im bayerischen Landtag wurde die Präambel des Bonner Grundgesetzes offen als Lüge bezeichnet. Einer der sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlamentarischen Rat, Dr. Kleve, wurde kürzlich aus unbekannten Gründen abberufen und durch Erich Ollenhauer ersetzt, so berichtete Gerst. "Dieser Ollenhauer kam gerade noch rechtzeitig, um das Grundgesetz mit zu unterschreiben. Wir fragen uns, ob er es überhaupt noch gelesen hat. Aber wichtig für ihn ist wohl nur, zu wissen, dass das Grundgesetz von den Militärregierungen genehmigt wurde!"

Bezeichnend sei es auch gewesen, wie dem mit Adenauer wechselten Max Reimann von einem alten Mütterchen gesagt wurde, die Unterzeichnung des Grundgesetzes sei "so feierlich und rührend, wie eine Beerdigung". "Wünschen wir", so rief Gerst, "dass sie recht behält!"

Abschliessend erklärte Gerst unter grossem Beifall: "Aus den Schwierigkeiten, die wir im Kampf für die Einheit im Westen haben, kommen wir zu der Forderung: 'Gebt uns Freiheit für die Einheit, - dann wird die Freiheit in einem geeinten Deutschland unser unverlierbarer Besitz sein!'"

Mit allgemeinem Bedauern wurde die Mitteilung Wilhelm Piecks aufgenommen, dass der Dichter Arnold Zweig wegen Unpässlichkeiten nicht das Wort ergreifen konnte.

Pfarrer Kleinschmidt, Schwerin, weist darauf hin, dass er als einer derjenigen spreche, die als Mitglieder der deutschen Delegation am Pariser Weltfriedenskongress teilgenommen haben. Wenn er heute vor dem Volkskongress spreche, so trete er für die Gesinnung und Haltung, das Ethos und den Patriotismus ein, die heute für alle Deutschen verpflichtend seien - auf dem nationalen wie auf dem internationalen Forum. Diese Gesinnung und diese Haltung stünden nicht mehr im Gegensatz zum Humanismus, sondern erfüllten in ihm ihre nationale Vollendung. "Die im 3. Deutschen Volkskongress repräsentierte nationale Front steht in der Front der Weltfriedenskongresse, des Weltfriedens. Wir sind als deutsche Delegierte in Paris zusammengekommen und waren im selben Augenblick, da wir uns

3. Deutscher Volkskongress
(PresseDienst)

29. Mai 1949

Die Diskussionsreden - 4 -

begegneten, nur Deutsche. Wir waren nicht mehr nach Gruppen und Zonen getrennt. Es war, als wäre die deutsche Einheit auf fremdem Boden zum Leben erwacht. In dem Augenblick, in dem Deutsche auf den Boden einer klaren und konsequenten Friedenspolitik treten, verwirklicht sich, wie das Beispiel des Pariser Kongresses zeugt, die deutsche Einheit."

Gewiss gäbe es in der Welt noch viele Völker, die einen schwereren Kampf um Einheit und Frieden führen müssen als das deutsche Volk. Das hätten in Paris die Berichte aus Griechenland und Vietnam bewiesen. Dennoch hätte gerade die deutsche Delegation von der Hilfsbereitschaft der anderen Völker die erhebensten Beispiele erfahren. "Wollen wir uns in Deutschland beschämen lassen von der Bereitschaft, mit der andere Völker für die Einheit Deutschlands und den Frieden Deutschlands eintreten? Wie misstrauisch sind demgegenüber wir selber noch gegenüber unseren eigenen Landsleuten! Ich glaube, wir wären ein gutes Stück weiter, wenn wir es fertig brächten, einen Strich unter die Vergangenheit zu machen. Die notwendige Aufgabe einer wesentlichen Erweiterung der nationalen Front hängt von dem Mass an Vertrauen ab, das wir unseren Landsleuten entgegenbringen."

Auf dem Weltfriedenskongress, so erklärte Pfarrer Kleinschmidt, haben viele Sitzungen gerade der geistlichen Teilnehmer stattgefunden. Dort wurde festgestellt, dass der Christ sich an keinem Kreuzzug beteiligen dürfe. Wenn nun ein ideologischer Kreuzzug gegen die Sowjetunion im Gange sei unter Hinweis auf die Notwendigkeit der Rettung des "christlichen Auslandes", so könne nur festgestellt werden, dass jeder Versuch hierzu einem klaren Nein gerade der christlichen Kräfte begegnen müsse. "Zu einem solchen Kreuzzug sage ich als Christ ein klares und deutliches Nein!"

Prof. A g r i c o l a, Halle, führte aus:

"Unter nationalem Widerstand verstehen wir, dass wir gegen alle Kolonisierungsmassnahmen kämpfen müssen. Es ist dabei unsere Aufgabe, alles zu tun, um den Nebel zu zerreißen, der die wahren Absichten der Feinde unseres Volkes verhüllt. Ein Beispiel dafür ist der UGD-Streik, ein weiteres Beispiel ist die Frage des Atlantikpaktes, sowie des Bonner Grundgesetzes. Der Atlantikpakt ist in seinem Text getarnt. Nur Wenigen Menschen wird es aufgefallen sein, dass nach seiner Veröffentlichung eine ungeheure Propaganda einsetzte. In Wirklichkeit ist der Atlantikpakt ein ausgesprochener Kriegspakt. Der Atlantikpakt hat keinen defensiven Charakter, wie seine Unterzeichner behaupten." Warum, so müssen man fragen, seien die faschistischen Staaten Mitglieder dieses Paktes? Warum richte sich der Atlantikpakt gegen die Sowjetunion und die Volksdemokratien? Der Atlantikpakt bedeute nicht eine Stärkung, sondern eine Schwächung der Vereinten Nationen. Dieser Pakt sei auch kein regionaler Pakt, sonst hätte ihm Kanada nicht angehören können. Der Atlantikpakt stehe auch im Widerspruch zu wichtigen Artikeln der UNO-Satzung.

"Es kommt also darauf an, dass wir es verstehen, klar und konsequent die Wahrheit an die Massen heranzubringen. Gerade, was die Bonner Verfassung betrifft, ist es erforderlich, das heuchlerische Paragraphenwerk zu durchleuchten und den wahren Sachverhalt zu klären. Nach Paragraph 24 des Bonner Grundgesetzes kann z.B. auf

3. Deutscher Volkskongress
(Pressedienst)

29. Mai 1949
Diskussionsreden - 5 -

z.B. auf Hoheitsrechte verzichtet und können diese auf überstaatliche Organisationen übertragen werden. Solche Artikel existieren nicht in den Verfassungen der Vereinigten Staaten oder anderer Unterzeichner des Atlantikpakt. Diese Artikel beweisen, dass der Bund in Wirklichkeit keine politische Realität hat, dass er vielmehr nur dazu berufen ist, die deutsche Souveränität dem amerikanischen Imperialismus aufzuopfern."

Wenn ferner die Bonner Verfassung bestimme, dass Waffen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt und befördert werden dürfen, so sei dies ein weiterer Beweis dafür, dass das Bundesgesetz nur ein Ableger des amerikanischen Imperialismus sei, in dessen Auftrag sie seine Waffen herzustellen habe. "Das Bundesgesetz ist also gar keine echte Verfassung, sondern Propagandamaterial der Aggression. Wer sich dieser Verfassung unterwirft, der gibt daher die Nation auf. Je mehr es uns gelingt, wirkliche Aufklärung unter die Massen zu tragen, umso mehr wird es uns möglich sein, die Nationale Front zu erweitern und zu verstärken."

Dann sprach der Neubauer W e i s s h a u p t aus Oelsnitz im Erzgebirge. Er versicherte, dass die werktätige Bauernschaft nicht uninteressiert einer Entwicklung gegenüberstehen könne, die entscheidend für die Zukunft aller Deutschen sei. "Die werktätigen Bauern haben aus der Vergangenheit gelernt, Sie, die durch die Bodenreform ihr Land erhalten haben, wissen, dass ein gesunder Aufbau Gesamtdeutschlands nur aus eigener Kraft möglich ist." Bauern aus Westdeutschland hätten ihm in vielen Gesprächen gezeigt, in welche Absatzschwierigkeiten und Stockungen sie aufgrund der Einfuhren in den Westen gekommen seien. Er wisse, dass mit Hilfe der Traktoren aus der Sowjetunion und der Unterstützung durch die Maschinen-Ausleih-Stationen den werktätigen Bauern in der Ostzone die Verbesserung der Ernährung gelingen werde. Die Grundbedingung für das Gelingen dieser Anstrengungen sei aber ein dauerhafter Friede. Deshalb unterstütze die Bauernschaft alle Bemühungen um ein einheitliches Deutschland und die Schaffung eines Friedensvertrages für Deutschland.

Prof. F a s c h e r erklärte als Sprecher der Christlich-demokratischen Union, als derjenigen deutschen Partei, die in allen Besatzungszonen vertreten ist, dass die CDU ein aufrichtiges und ernstes Wort zur Nationalen Front zu sagen habe. Die Nationale Front, so unterstrich Prof. Fascher, sei kein neues Firmenschild für die Blockpolitik, auch kein gefährlicher Deckmantel für einen neuen Nationalismus. "Nationale Front bedeutet für die CDU - Notgemeinschaft aller anständigen Deutschen ohne Ansehen der Person und der Weltanschauung zur Rettung der Einheit des Vaterlandes, einer Einheit, die die Grundvoraussetzung für den demokratischen Aufbau ist. Nationale Front, das bedeutet weder Krieg nach innen noch nach aussen, sondern das Ringen um den grössten Sieg, den es für den einzelnen wie für die Gemeinschaft gibt: Den Sieg über das

3. Deutscher Volkskongress
(Pressedienst)

29. Mai 1949
Diskussionsreden - 6 -

Misstrauen in der eigenen Brust und über die Zwietsracht untereinander."

In dieser Front des Friedens werde mit den friedlichen Mitteln des Geistes, nicht des Schwertes gekämpft. Alle überlebten Formen der Spaltung in Konfessionen und Weltanschauungen, Lager des Ostens und Westens müssten ein für allemal vorbei sein. Die Deutschen müssten eine Nation sein, die mit ihren Nachbarn in ehrlicher Freundschaft und Frieden lebt, in ganz besonderer Freundschaft aber mit demjenigen Nachbarn, der es in diesem Bemühen ehrlich unterstützt, "Nationale Front, das bedeutet nicht einseitige Parteinahme für den angeblich kultivierten Westen, sondern Aufgeschlossenheit für das Wollen unseres grossen Nachbarn im Osten, der in einer mehr als hundertjährigen Geschichte bewiesen hat, dass er weder ein zerstückeltes Deutschland als Nachbarn haben will, noch das Bedürfnis nach einem neuen Krieg hat." Für die christlichen Demokraten erhebe sich die weitere Frage: Ist es für den Nichtmarxisten möglich, mit solchem Nachbarn Wand an Wand zu leben? "Der beglückende Eindruck, so schloss Prof. Fascher, den die deutsche Mai-Delegation aus Moskau mitbrachte, war, dass dieser Friede möglich ist, wenn man eine charaktervolle Politik treibt, welche die Grundsätze der Meinungen nicht vertuscht, sondern die Meinung des anderen achtet und anerkennt. Es ist eine Begegnung auf der Grundlage echter Humanität in einem Kampf für den Frieden."

Der sozialdemokratische Schriftsteller Werner Ilberg, der als Vertreter der VVN Wolfenbüttel der "Aktionsgemeinschaft der Jugend für ein einiges Deutschland" angehört, erklärt: "Weil ich wünsche, dass die Stimme eines Sozialdemokraten aus dem Westen sich mit Ihren Protesten vereinigt, habe ich mich jetzt nach dem Bekanntwerden der Nachricht von der Verhaftung Max Reimanns zum Wort gemeldet. Ich bin beschämt, dass ich nur für wenige sprechen kann. Denn auch heute noch ist in der Sozialdemokratie die Verhetzung, die von Hitler begonnen wurde, in weiten Kreisen nicht überwunden, die Verhetzung, die sich gegen die Sowjetunion und die Ostzone richtet. Sie müssen also mit uns Geduld haben. Wir werden die Eindrücke, die wir hier gesammelt haben, drüben weitertragen, um den Menschen klarzumachen, dass die Ostzone nicht ein Land der Unfreiheit ist, sondern ein Land, in dem man von der Freiheit und Einheit Deutschlands wirklich sprechen darf. Das ist in den Westzonen nicht möglich - das beweist der Fall Max Reimann. Er trägt das Ehrenzeichen der VVN und wurde verhaftet, weil er für die Einheit Deutschlands kämpft."

Wenn Max Reimann die westdeutschen Politiker als Quislinge bezeichnet hat, so hat er den Nagel auf den Kopf getroffen. Denn was verstehen wir unter einem Quisling? Doch offenbar einen Mann, der mit Worten für sein Vaterland eintritt, es aber in Wirklichkeit in die Katastrophe führt. Wenn die Quislinge des letzten Weltkrieges dies nicht überall fertig gebracht haben, dann nur dank den Männern, die so gehandelt haben wie Max Reimann.

Wir, die wenigen Sozialdemokraten, wollen Seite an Seite mit allen, ob sie rechts oder links von uns stehen, für die Einheit Deutschlands eintreten. Wir fragen nicht danach, was jemand ist.

3. Deutscher Volkskongress
(Pressedienst)

29. Mai 1949
Diskussionsreden - 7 -

Wir erinnern uns, dass wir ursprünglich mit unseren kommunistischen Brüdern in einer Front gestanden haben. Wir freuen uns, dass dies im Osten wiederum der Fall ist.

Wir denken auch daran, dass rechts von uns Leute stehen, die auch gemeinsam mit uns den Weg gehen müssen und gehen werden. Das hat uns die gesamtdeutsche Jugendkonferenz gezeigt: So wie auf dieser Tagung müssen wir überall zusammentreten, ob im Westen oder im Osten. Wir müssen den Versuch machen, uns zu verständigen. Wenn es um die praktischen Dinge unseres nationalen Lebens geht, dann dürfen die Fragen unterschiedlicher Weltanschauung nur eine untergeordnete Rolle spielen. Nur so können wir zusammengehen.

Wir im Westen haben es gewiss schwerer als Sie; wir haben dort die Unterstützung der Kommunisten, es gibt aber in allen Parteien Menschen, die mit uns zusammengehen. Wenn heute Deutschland durch Zonengrenzen geteilt ist, so müssen wir erklären: Dieser Zustand muss aufhören, dieser Schnitt, der quer durch unser Land geht, muss verschwinden. Wir im Westen werden mit Ihnen zusammen alles tun, um das Kommen des Tages zu beschleunigen, an dem wir sagen können: Es lebe das einigte Deutschland!"

Ministerialdirektor L. Ö h r (NDPD) Schwerin, führt aus: "Ich habe auf der Hannoverschen Exportmesse festgestellt, dass sich insofern eine ziemliche Veränderung vollzogen hat, als die Begeisterung für den Marshallplan und für die Europahilfe sehr stark abgekühlt ist. Das ist deshalb geschehen, weil mit beidem unsere deutsche Wirtschaft systematisch gedrosselt wird, weil das Schreckensinstrument der deutschen Wirtschaft, die JEIA, es verstanden hat, unsere Wirtschaft mit allen Mitteln vom Weltmarkt fernzuhalten und ihr die Aufträge zu entziehen, weil die Kontrolle der JEIA unsere Wirtschaft an den Rand des Abgrundes gebracht hat.

Diese veränderte Meinung über den Marshallplan ergibt für das, was wir hier von unserer Zone aus anregen, einen fruchtbaren Boden. Die Menschen bringen mehr und mehr das Verständnis dafür auf, dass eine gesunde deutsche Volkswirtschaft nur möglich ist, wenn wir uns über alle Sonderinteressen hinwegsetzen und gemeinsam kämpfen und streben, dass der Schlagbaum endlich beseitigt wird."

Der Redner forderte auf, das grosse Ziel zu verwirklichen, die Einheit Deutschlands, den Frieden und damit den Wohlstand unseres Volkes zu erreichen und schloss: "Ich möchte damit den Wunsch verbinden, den Auftrag, den wir als Delegierte übernommen haben, an den neugewählten Volksrat weiterzugeben, dass er alle Kraft dafür einzusetzen hat, der nationalen Front die Grundlage der Arbeit zu verschaffen, die es möglich macht, ganz Deutschland in diese nationale Front einzubeziehen."

Frau H ö f f n e r, Vorsitzende der Friedensgesellschaft Hessen:

"Das Ziel, das ich mir gesteckt habe, als ich in der alten Barbarossastadt Gellenhausen die Friedensgesellschaft gründete, war,

3. Deutscher Volkskongress
(Pressedienst)

29. Mai 1949
Diskussionsreden - 8 -

einen wirklichen Beitrag zum Frieden zu leisten. Bei der Reise nach Berlin und beim Übergang über die Zonenschranken wurde mir so recht klar, dass Deutschland wieder eine Einheit werden muss. Uns deutschen Müttern haben die Bomben des letzten Krieges klargemacht, wieviel Blut und Tränen am Ende eines Krieges stehen. Darum wollen wir deutschen Mütter, die wir durch diese hohe Schule des Leidens gegangen sind, unseren Ruf laut erheben, unseren Ruf nach Frieden! Die Lebenden und die Toten fordern dies von uns.

Deshalb spreche ich heute im Namen der Deutschen Friedensgesellschaft und aller Friedensfreunde in der Welt die Bitte aus: Mögen die Siegermächte, die sich im Herzen Deutschlands begegnet sind, endlich ihre Versprechen einlösen. Wir wollen ein freies und einig Deutschland werden und fordern deshalb einen baldigen Frieden. Ein gesundes Volk kann nur in einem gesunden Staat leben und arbeiten. Wenn Deutschland zerstückelt wird, muss es sich verbluten. Aus der Not und Arbeitslosigkeit der dreissiger Jahre ist nicht zuletzt die Katastrophe Hitlers über uns gekommen. Darum fordern wir, dass die Siegermächte endlich Schluss machen mit der Demontage, mit der Politik, die zu Arbeitslosigkeit und Verelendung führt, und die Kriegsindustrie endlich friedlichen Zwecken zuwenden.

Rettet Deutschland, rettet Europa! Die Mütter bitten Euch darum um ihrer Kinder willen."

Betriebsrat R a d k e von der August-Thyssen-Hütte in Duisburg-Hamborn wandte sich gegen die beabsichtigte Demontage dieses reinen Friedensbetriebes, der selbst unter Hitler während des Krieges nicht als Rüstungsbetrieb anerkannt war. Der Redner stellt im Namen der Arbeiter und Angestellten der Hütte folgenden Antrag zur Beschlussfassung an den 3. Deutschen Volkskongress:

"Das Gremium des 3. Deutschen Volkskongresses, in dem Vertreter aus allen Zonen Deutschlands versammelt sind, arbeitet eine deutsche Stellungnahme zur geplanten Demontage westdeutscher Friedensbetriebe aus und überreicht sie der Sitzung des Aussenministerrats in Paris mit der Bitte, die für Westdeutschland herausgegebene Demontageliste erneut zu überprüfen und die Werke der Friedensindustrie von dieser Liste zu streichen."

Die August-Thyssen-Hütte ist nicht nur nach deutscher Auffassung, sondern auch nach Auffassung massgeblicher ausländischer Wirtschaftler das leistungsfähigste Stahlwerk Europas. 13 000 Menschen waren hier vor dem Krieg beschäftigt. Allein die jährliche Durchschnittskapazität der Rohstahlproduktion unserer Hütte belief sich auf etwa 2 Millionen Tonnen, das ist rund ein Sechstel der Deutschland heute von den Westmächten zuerkannten jährlichen Stahlquote. Es ist ganz offensichtlich, dass die Demontage der August-Thyssen-Hütte nur aus Konkurrenzgründen durchgeführt werden soll. Durch die Stilllegung der August-Thyssen-Hütte und anderer wichtiger Produktionsstätten wird Deutschland gezwungen sein, die bisher in diesen Werken produzierten Erzeugnisse zu Überpreisen aus dem

3. Deutscher Volkskongress
(Pressedienst)

29. Mai 1949
Diskussionsreden - 9 -

Ausland einzuführen. Das wird für Westdeutschland eine hohe Milliardenverschuldung zur Folge haben. Allein in Duisburg werden durch die Demontage neben den Belegschaftsmitgliedern rund 50 000 Familienangehörige unmittelbar betroffen. Wir erkennen durchaus das Bedürfnis nach Sicherheit der von Hitler überfallenen Staaten an, wir vertreten aber die Ansicht, dass diese Staaten nicht durch die Zerschlagung unserer Wirtschaft, sondern nur durch die Demokratisierung des deutschen Staatswesens und insbesondere der gesamtdeutschen Wirtschaft diese Sicherheiten erhalten werden. Wir Arbeiter der August-Thyssen-Hütte fordern:

1. Erhaltung der August-Thyssen-Hütte und der gesamten Friedensindustrie, die Wiedergutmachung aus der laufenden Produktion zu entnehmen;
2. Überprüfung der Grundstoffindustrie in die Hände des Volkes, die August-Thyssen-Hütte darf nicht mehr an ihre alten Besitzer zurückgegeben werden;
3. freie Entwicklungsmöglichkeit für die deutsche Friedensindustrie, freie Handelsbeziehungen mit Ost und West."

Dr. S t e i n h o f f , Ministerpräsident von Brandenburg, betonte, dass die Londoner Konferenz der Westmächte die offene Spaltung Deutschlands eingeleitet habe. Die drohende Zerreissung Deutschlands habe damals und in der Folge den nationalen Notstand herbeigeführt. Zu seiner Beseitigung habe der Deutsche Volksrat aufgerufen. Auf der Moskauer Aussenministerkonferenz seien sich die 4 Aussenminister einig gewesen, dass eine gesamtdeutsche Regierung notwendig sei. Wäre diese Erkenntnis verwirklicht worden, dann hätte es keine Spaltung Deutschlands gegeben. Für diese Entwicklung machte Dr. Steinhoff den General Clay als einen der ersten Exponenten der aggressiven Elemente im Lager des Imperialismus verantwortlich.

Der Rat der Aussenminister sei aufgrund der Potsdamer Beschlüsse berechtigt, eine zentrale Wirtschaftsverwaltung für Deutschland zu schaffen. Wenn sich in der Zwischenzeit in Deutschland zwei Institutionen, nämlich in den Westzonen der Frankfurter Wirtschaftsrat und in der Ostzone die Deutsche Wirtschaftskommission gebildet hätten, so sei es jetzt die dringendste Aufgabe des Kontrollrates, eine Koordinierung der Arbeiten dieser beiden Institutionen zu erreichen. Dabei müsse man verlangen, dass die Durchführung aller wirtschaftlichen Massnahmen ausschliesslich in deutsche Hände gelegt würde. Die Tätigkeit der Alliierten dürfe sich nur auf die Kontrolle der Sicherheitsmassnahmen beschränken. Deutschland müsse darauf bestehen, Handelsverträge nur auf der Basis der Gleichberechtigung zu schliessen. Die Methoden der JEIA seien für Deutschland untragbar. Es sei bekannt, dass die Ostzone ihren wirtschaftlichen Aufbau ohne Verschuldung durchgeführt habe. Das gleiche könne man von den Westzonen nicht behaupten, ja, in Frankfurt sei man sich nicht einmal über die genaue Höhe der Verschuldung an das Ausland im Klaren. Wir seien jederzeit für Erhöhung der Einfuhr, auch der Nahrungsmittel, aber unter der Bedingung, dass sie durch Ausfuhr deutscher Qualitätserzeugnisse bezahlt werden. Die Deutschen müssten es ablehnen,

3. Deutscher Volkskongress
(Pressedienst)

29. Mai 1949

Diskussionsreden - 10 -

sich in eine Verschuldung zu begeben, wie sie es weiterhin ablehnten, Schundwaren aus dem Ausland, die auf anderen Märkten nicht mehr abzusetzen seien, abzunehmen.

Die Lösung dieser Probleme durch eine wirtschaftliche Zentralbehörde, das sei die entscheidende Aufgabe, die heute auf der Tagesordnung stehe. Dr. Steinhoff erinnerte daran, dass in der Geschichte versäumte Gelegenheiten nur unter schweren Opfern nachgeholt werden könnten. Der Kampf um die Erringung der Einheit Deutschlands sei in ein solches entscheidendes Stadium getreten. Die nationale Front sei das Forum, von dem aus alle ehrlichen Deutschen im Kampf für die Wiedererlangung der deutschen Souveränität führen könnten und müssten.

Hans J e n d r e t z k y, 1. Vorsitzender des Landesverbandes der SED Gross-Berlin, wies einleitend darauf hin, dass die Berliner Probleme nur im Rahmen einer gesamtdeutschen Regelung gelöst werden könnten. "Die Währungsspaltung, die das Viermächteabkommen verletzte, und die gesamte Wirtschaftslage in der sowjetischen Besatzungszone und in Gross-Berlin zu desorganisieren drohte, machte jene Schutzmassnahmen der Verkehrseinschränkungen notwendig. Statt auf der Grundlage der Moskauer Vereinbarungen die Berliner Währungsfrage im gesamtdeutschen Sinne und Interesse zu lösen, statt den Vorschlag Stalins anzunehmen, durch eine Verständigungskonferenz der Aussenminister unserem Vaterlande die Einheit und einen gerechten Friedensvertrag zu sichern, erfolgten im Gegenteil seitens der Westmächte immer weitere Massnahmen zur Verschärfung der Lage, zur Spaltung Deutschlands und zur Blockierung unserer Hauptstadt."

Der Redner liess noch einmal die einzelnen Etappen, die zu dieser Kriegs- und Provokationspolitik führten, vorüberziehen. Sie verfolgten den offensichtlichen und eingestandenen Zweck, Deutschland zu einem kolonialen Aufmarschgebiet für neue Aggressionspläne vorzubereiten und seine Hauptstadt "einen neuen Krieg wertzumachen". Jendretzky brandmarkte die verhängnisvolle Politik insbesondere der Westberliner Politiker vom Schlage eines Reuter, Klingelhöfer, Schreiber (CDU) und jenes berüchtigten Gestapo-Schwennicke von der West-LDP, die vor keiner Provokation zurückschrecken, um ihr dunkles Ziel zu erreichen. "Wir betrachten deshalb, so fuhr Jendretzky fort, das von den erstarkten Friedenskräften erzwungene Zusammentreten der Pariser Konferenz als einen ersten Erfolg des Friedenswillens der Völker, eines Friedenswillens, der sich gegen die Berliner und internationalen Kriegstreiber durchsetzen weiss und mit dem diese Herrschaften immer stärker zu rechnen haben werden."

Unter starkem Beifall stellte der Redner fest, dass das Symbol der Weltfriedenskonferenz, die Friedenstaube, stärker und mächtiger sei als die Drohung mit der Atombombe. "Das mögen sich auch die Herrschaften gesagt sein lassen, die Max Reimann von neuem eingekerkert haben und die in Berlin nach immer neuen Provokationen streben. Mit sinnlosen Zerstörungen soll nicht nur das Leben in der Hauptstadt Berlin zerschnitten werden, sondern man will mit dem Chaos auch den Schienenstrang demontieren, der zur Verständigung nach Paris führt. Offensichtlich sollte der S-Bahn-Putsch eine Lage schaffen, aus der in Paris von den daran interessierten Kräften die Notwendigkeit einer dauernden Besetzung der deutschen Hauptstadt und unseres Vaterlandes abgeleitet werden sollte."

Es sei ein beschämendes Schauspiel, dass diese Karikatur einer Gewerkschaft, die sich UGO nennt, die auf der Seite der Gegner des Friedens und der nationalen Einheit Deutschlands steht, sich zu einem solchen Versuch hergegeben hat, der Streik genannt wird.

3. Deutscher Volkskongress
(Pressedienst)

29. Mai 1949
Diskussionsreden - 11 -

Jendretzky führte weitere Beispiele der von organisierten Banditen ausgeführten Zerstörungen wichtiger Anlagen der G-Bahn und der Fernverkehrsstrecken an, deren Schäden sich bis jetzt schon auf rund eine Million Mark belaufen. Diese gegen die Hauptstadt gerichtete Politik sei nichts anderes als nationaler Verrat an den Grundinteressen unserer Stadt und unseres Vaterlandes.

Als Ausweg und als nächsten unumgänglichen Schritt für die Schaffung von Deutschlands Einheit und auch für die Lösung der Berliner Frage bezeichnete der Redner die Schaffung eines Staates zur Koordinierung der beiden Wirtschaftsorgane unserer Zone und der Westzonen. Wenn in diesem Zusammenhang von den Spaltern Berlins und Deutschlands so viel von Wahlen geredet werde, dann sei es notwendig, darauf hinzuweisen, dass tatsächlich in Deutschland Wahlen stattfinden müssten, und zwar auch dort, wo sie zum Beispiel für den 3. Deutschen Volkskongress verboten waren. Bei solchen Wahlen, in denen die deutsche Schicksalsfrage zur Entscheidung gestellt werde, müsse allen Deutschen die Möglichkeit gegeben werden, frei und ungehindert in geheimer Wahl die Stimme abzugeben und ihrem Willen Ausdruck zu verleihen. "Wir sind nicht bange, wie diese Entscheidung ausfallen wird, und eine solche Entscheidung wäre zweifellos von grosser Bedeutung für die Entwicklung unseres Volkes."

Auf die Berliner Probleme eingehend, forderte Jendretzky ausreichende Zufuhren von Rohmaterial, damit die Berliner Wirtschaft ungehindert produzieren könne. Berlin als Zentrum der Fertigwarenindustrie müsse selbst darüber entscheiden können, was es produziere und was es an Lebensmitteln und Rohstoffen einführe, um einen fruchtbaren Handelsaustausch im gesamtdeutschen Rahmen im Interesse unserer Stadt und Gesamtdeutschlands sicherzustellen.

Jendretzky schloss mit den Worten: "Unser Appell gilt den nationalen Kräften auch in Berlin, er gilt allen, die von der Notwendigkeit überzeugt sind, dass es jetzt darum geht, unter Hintanstellung aller Gegensätze gemeinsam die Einheit Berlins und Deutschlands zu erkämpfen. Schliessen wir so das Band aller, die über alle Sektoren- und Zonengrenzen hinweg in einer breiten nationalen Front zusammenstehen, dann ist die Zukunft unserer Stadt und unseres Vaterlandes gesichert."

Als letzte Diskussionsrednerin des 1. Kongresstages ergriff im Namen der Freien Deutschen Jugend Margot Feist vom Landesvorstand der FDJ Sachsen-Anhalt das Wort. Sie betonte, dass alle jungen Menschen den Abschluss eines Friedensvertrages und den Aufbau eines neuen Deutschlands auf der Grundlage der Abkommen von Potsdam und Jalta begrüßten. Die FDJ habe sich immer bemüht, die Initiative der Jugend zu entwickeln, mitzuhelfen an der Gestaltung eines neuen, wahrhaft demokratischen Deutschland.

Die Londoner Konferenz bedeutete für die jungen Menschen eine schwere Enttäuschung. Worte allein genügten nicht mehr; durch Taten müsste bewiesen werden, dass die werktätige und lernende Jugend nicht gewillt sei, sich ihre Lebensgrundlage, die Einheit ihres Vaterlandes, nehmen zu lassen.

"40 000 Jungaktivisten stehen dort, wo es der Jugend erlaubt ist, für Einheit und Frieden einzutreten, in der sowjetischen Besatzungszone, an den Werkbänken und helfen entscheidend am Neuaufbau unseres Landes. Ein anderes grosses Beispiel der Begeisterung unserer Mädel und Jungen war die Beteiligung der Jugendlichen an den Wahlen zum 3. Deutschen Volkskongress. 73 % aller wahlberechtigten jungen Deutschen gaben ihre Stimme für den Volkskongress ab."

3. Deutscher Volkskongress
(Pressedienst)

29. Mai 1949
Diskussionsreden

- 12 -

Die Einheit unseres Vaterlandes ist aber nicht nur in der Ostzone eine Forderung der fortschrittlichen jungen Menschen. Am 28. und 29. Mai trafen sich in Berlin rund 200 Vertreter aus allen Jugendorganisationen Deutschlands und fassten gemeinsame Beschlüsse für ihre künftige Arbeit. In einer Resolution fordern sie die Aufhebung der Zonengrenzen, die Schaffung einer gesamtdeutschen provisorischen Verwaltung, die Zulassung aller demokratischen Parteien und Jugendverbände in ganz Deutschland, Unverletzlichkeit der Menschenrechte, den Abschluss eines gerechten Friedensvertrages mit Deutschland und Abzug der Besatzungstruppen. Die jungen Menschen sind sich darüber einig, dass eine gesamtdeutsche Verfassung geschaffen werden muss, dass freie und demokratische Wahlen zu einem gesamtdeutschen Parlament und einer deutschen Regierung abgehalten werden müssen. Die Jugend Deutschlands fordert die Souveränität unseres Vaterlandes!"

Diese jungen Menschen, so hob Margot Feist hervor, sind zum wesentlichen Träger und Initiator der Nationalen Front geworden. "Die Jugend ist sich bereits über alle religiösen oder politischen Meinungsverschiedenheiten hinweg bewusst, dass sie nur in einem einigen Deutschland ein glückliches Leben führen kann. Dafür zu kämpfen, ist unsere Aufgabe."

Nach den Ausführungen von Margot Feist vertagte Wilhelm Pieck den Kongress auf den Morgen des 30. Mai.

Entwurf

**MANIFEST
AN DAS
DEUTSCHE VOLK**

Aufruf zur Erweiterung der Nationalen Front für Einheit und gerechten Frieden

Erfüllt von ernster Sorge um den Wiederaufbau unseres Vaterlandes und das Leben unseres Volkes in dieser für Deutschlands Geschichte und Zukunft bedeutungsvollen Stunde erhebt der 3. Deutsche Volkskongreß, aus Anlaß der Pariser Außenministerkonferenz, seine Stimme für die Einheit Deutschlands und den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages. Das deutsche Volk kann nur hoffen und wünschen, daß auf dieser Konferenz eine Verständigung der vier Großmächte über Deutschland herbeigeführt wird.

Schon im November vorigen Jahres hat das Präsidium des Deutschen Volksrates an die Regierungen von Frankreich, Großbritannien, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken das Ersuchen gerichtet, den Außenministerrat unverzüglich einzuberufen, um den Friedensvertrag mit Deutschland zu beraten und die Friedenskonferenz vorzubereiten. Dazu hat das Präsidium den beteiligten Regierungen und den Völkern der Welt folgende Vorschläge unterbreitet:

Vorbereitende Maßnahmen

1. Ausarbeitung von Grundsätzen für einen Friedensvertrag auf der Grundlage der Beschlüsse von Jalta und Potsdam.
2. Herstellung der administrativen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands.
3. Wiederherstellung der Währungseinheit für ganz Deutschland und Aufhebung der Wirtschafts- und Verkehrsschranken zwischen den Zonen.
4. Bildung einer vorläufigen zentralen demokratischen Regierung Deutschlands aus Vertretern der demokratischen Parteien und Organisationen. Ihre Zusammensetzung muß eine dauerhafte Friedenspolitik gewährleisten.
5. Einberufung einer Friedenskonferenz, an der die vorläufige demokratische Regierung Deutschlands teilnimmt.

Grundsätze für den Friedensvertrag

A. Pflichten des deutschen Volkes

1. Reparationsleistungen unter Wahrung eines gesicherten mittleren Lebensstandards. Feststellung der Gesamtforderungen unter Anrechnung aller bereits erfolgten Leistungen.
2. Endgültige Liquidierung des Kriegspotentials, besonders der Rüstungsindustrie.
3. Entmilitarisierung und Demokratisierung des staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens Deutschlands.

4. Bestrafung aller Kriegsverbrecher und Verbrecher gegen die Menschlichkeit.
5. Anerkennung einer befristeten und sachlich begründeten Viermächtekontrolle über die friedliche, wirtschaftliche und politische Entwicklung Deutschlands.

B. Rechte des deutschen Volkes

1. Schaffung einer Verfassung für ganz Deutschland, die die demokratische Gestaltung eines unabhängigen nationalen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens gewährleistet.
2. Freie Entwicklung der Produktion für alle friedlichen Zwecke aus eigener Kraft durch Arbeiter, Techniker, Bauern, Handwerker und Unternehmer, unter Ausschluß der kapitalistischen Monopolherren und Großgrundbesitzer.

Der 3. Deutsche Volkskongreß bestätigt diese Vorschläge und unterbreitet sie im Namen des deutschen Volkes der Pariser Außenministerkonferenz.

Im Gegensatz zu diesen Vorschlägen führten die Londoner Beschlüsse der westlichen Großmächte zur Zerreißung Deutschlands durch separate Währung, Absperrung der Zonen, Lostrennung der Saar, Schaffung des Ruhrstatuts und Umwandlung des Ruhrgebietes in eine Waffenschmiede, Remilitarisierung der Westzonen, Atlantik-Pakt, Schaffung des westdeutschen Separatstaates. In der Bonner Verfassung ist der Weg bereitet für den Anschluß des westdeutschen Separatstaates an den Atlantik-Kriegspakt. Westdeutschland soll zur Kriegsbasis des Dollar-Imperialismus werden.

Diese Zerreißung Deutschlands hat den nationalen Notstand herbeigeführt. Der Deutsche Volksrat rief zur nationalen Selbsthilfe auf und entfesselte eine nationale Volksbewegung, die dem Friedensruf für ein einheitliches Deutschland Gehör verschafft.

Der Deutsche Volkskongreß umfaßt Vertreter aller Berufsschichten, Anhänger der verschiedensten Weltanschauungen und Glaubensbekenntnisse aus allen Teilen Deutschlands. Sie alle sind erfüllt von der großen Sorge um den Frieden und um Deutschlands Einheit. Sie alle sind überzeugt, daß es in den nationalen Grundfragen keine unüberbrückbaren Gegensätze gibt. Jeder vaterlandsliebende Deutsche reiht sich ein in den Kampf gegen die Spaltung der Heimat. Der Ruf ergeht auch an jene Deutschen, die bisher in der Nationalen Front keine Betätigung finden konnten. Auch die früheren Nationalsozialisten haben die Möglichkeit, durch ihre Mitarbeit zu zeigen, daß sie ihrem Vaterlande ehrlich und aufrichtig dienen wollen. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung hat den Forderungen des Volkskongresses auf Einheit Deutschlands, baldigen Frieden und Abzug der Besatzungstruppen zugestimmt. Aber Einheit und Frieden werden uns nicht geschenkt, wir müssen sie uns selbst erringen! Es geht um die nationale Rettung Deutschlands aus eigener Kraft.

Darum ruft der 3. Deutsche Volkskongreß alle Deutschen auf:

Stärkt die Nationale Front für Einheit und Frieden!

Es geht um den Zusammenschluß aller nationalgesinnten Kräfte. Die Spaltung unseres Vaterlandes trifft jeden Deutschen und reißt die Familien auseinander. Sie gefährdet den Arbeitsplatz, bedroht den Bauernhof, lähmt den Handel und den Verkehr, vernichtet den deutschen Arbeitsmarkt und hindert den Austausch kultureller und geistiger Werte. Arbeiter, Bauern, Handwerker, Fabrikanten, Kaufleute und Geistes-schaffende: Ihr alle gehört in die Nationale Front! Immer breitere Schichten unseres Volkes empfinden den nationalen Kampf für Einheit, Frieden und Abzug der Besatzungsgruppen als das Gebot der Stunde!

Die Nationale Front richtet sich nicht gegen andere Völker, sie hat nichts mit Nationalismus zu tun. Sie will Verständigung und Freundschaft mit allen Völkern der Erde. Sie bekämpft darum auf das entschiedenste die Kriegstreiberei gegen die Sowjetunion und gegen die Volksdemokratien. Sie weiß sich eins mit den Friedenkräften der Welt, deren wachsende Stärke in den Weltfriedenskongressen und im Widerstand gegen den Atlantik-Pakt zum Ausdruck kommt.

Gegenüber der in Westdeutschland und im Westen Berlins betriebenen Kriegshetze stützen wir uns auf die Festigung der friedfertigen, antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der Ostzone, auf den Friedenswillen der Massen und die Ausbreitung der Volkskongreß-Bewegung auch im Westen. Das ist der Weg zur Unabhängigkeit, zur Einheit Deutschlands, zum gerechten Frieden und zum Abzug der Besatzungsgruppen. Nur so kann die Nation gerettet werden.

Die Geschichte der Freiheitskämpfe aller Völker lehrt, daß der entschlossene, opferbereite Wille am Ende noch immer über fremde Diktate gesiegt hat. Der Deutsche Volkskongreß erwartet von allen Parteien und Organisationen, die sich in der Nationalen Front zusammengefunden haben, einen vorbehaltlosen Kampf in den nationalen Fragen des deutschen Volkes. Der Deutsche Volkskongreß ruft alle Deutschen auf zum gemeinsamen Kampf

**für ein einiges, unabhängiges, friedliches Deutschland,
für den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages und den
Abzug der Besatzungsgruppen!**

Es lebe die Nationale Front für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden!

Berlin, den 30. Mai 1949

Der 3. Deutsche Volkskongreß